

inform



Bild: Stefan Braun/AKS

**Wem gehört Geschichte?
Narrative, Deutungen und
ihre Herausforderungen für
die Demokratie.**

Inhalt



Editorial	3
------------------	----------

Einführung

Historisch-politische Bildung: Mehr als Holocaust Education	4
Erinnerung als Auftrag	8
Erinnerungskultur(en) unter Druck – AKSB-Jahrestagung	10
Aktiv sein gegen Antiziganismus, im Alltag und im Stiftungshandeln	13
Blinde Flecken? Politische Bildung zur deutschen Kolonialgeschichte und der Mission in Sachsen	16



Nationalsozialismus

Weimar. Zwischen Goethe und Buchenwald	18
Von innen klopft das gleiche Herz	20
Geraubt. Entwurzelt	22
EXIL – die verschollene Generation	24



Deutsche Spaltung, deutsche Identitäten

Point Alpha – Erinnerungsort, Lernort, Zukunftsort	26
Auf den Spuren der Stasi	28
Tief im Osten, tief im Westen	30



Die Rolle der Kirche

„Kirche und koloniales Erbe“: Ein in vielerlei Hinsicht lehrreiches Tagungsprojekt	32
Bereicherung und schwerer Sünder	34

Termine der AKSB	28
-------------------------------	-----------

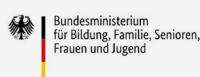
Impressum

Hrsg.: AKSB – Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V., Bonn.

Erscheinungsdatum: 20. Januar 2026

Diese Veröffentlichung wurde aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSJ) gefördert.

Gefördert vom:



Im Rahmen des:



Auflage: 950 Exemplare
ISSN: 0937-8383

Verantwortlich: Andrea Rühmann

Redaktion: Claudia Krupp

Unter der Mitarbeit von:

Julia Bödeker, Dr. Jonatan Burger, Dr. Laura Büttgen, Gunter Geiger, Frieda Himstedt, Linda Huber, Anna Keller-Keith, Robert Kläsener, Dr. Thomas König, Malte Krumrey, Dr. Johannes Kuber, Dr. Kirsten Lange-Wittmann, Edlira Majko, Dr. Christian Müller, Andreas Neidhart, Dr. Mathias Piwko, Gabriel Rolfs, Dorothea Trappe, Carolin Wenzel

Grafische Gestaltung: deus werbung, Scheidter Straße 23, 42653 Solingen.

Gesamtherstellung: Brandt GmbH, Druck & Verlag, Rathausgasse 13, 53111 Bonn.



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

„Zukunft beginnt in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit“ – dieser Satz steht an der Eingangstür des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände. Er ist zugleich Leitmotiv dieses Heftes. Wer Zukunft demokratisch gestalten will, muss Geschichte kennen, verstehen und einordnen. Nicht aus Ritual, sondern aus Verantwortung.

Viele Menschen beschreiben heute ein gesellschaftliches Klima, das an die 1930er-Jahre erinnert, und eine erstarkende Partei, die demokratische Prinzipien offen infrage stellt und von einem grundlegenden Umwälzen der Ordnung spricht. Geschichte wiederholt sich nicht eins zu eins – aber sie wirft lange Schatten. Um diese einordnen zu können, braucht es Wissen, Kontext und die Fähigkeit zur kritischen Auseinandersetzung. Genau hier setzt unsere Bildungsarbeit an.

Das Titelbild entstand während unserer Jahrestagung „Erinnerungskultur(en) unter Druck – Perspektivwechsel in der (historisch-)politischen Bildung“ im November 2025 im Caritas-Pirkheimer-Haus in Nürnberg bei einer Exkursion zum Reichsparteitagsgelände – einem Ort, der den Größenwahn und die Absurdität des nationalsozialistischen Herrschaftsanspruchs bis heute sichtbar macht. Das dort angesiedelte Dokumentationszentrum wird bald wiedereröffnet und bleibt ein zentraler Lernort demokratischer Erinnerung.

Dieser *inform* fragt: Wem gehört Geschichte? Welche Narrative setzen sich durch, welche werden verdrängt? Welche Perspektiven fehlen? Wer sich mit dem Nationalsozialismus beschäftigt, weiß: Es gab nicht die eine Opfergruppe. Jüdinnen und Juden standen im Zentrum der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, doch auch Sinti*ze und Rom*nja, Menschen mit Behinderungen, politisch Verfolgte, als „gesellschaftsfremd“ Stigmatisierte und viele andere wurden entrechtfertigt, verfolgt und ermordet. Erinnerungsarbeit heißt, diese Vielschichtigkeit ohne Relativierung darzustellen und zu beachten. Dieses Heft erinnert uns jedoch daran: Deutsche Geschichte besteht nicht nur aus Holocaust



Foto: Nathan Dreesen

Education. Auch die Auseinandersetzung mit der deutsch-deutschen Geschichte, der Wiedervereinigung und der Kolonialzeit gehört zu einer lebendigen Erinnerungskultur. Besonders freue ich mich über den Gastbeitrag der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ), in dem das Stiftungshandeln gegen Antiziganismus beleuchtet wird – ein Thema, das wir in Zukunft aufgreifen möchten.

Die im Heft enthaltenen Beiträge machen deutlich: Politische Bildung ohne Erinnerungsarbeit, ohne das Verstehen von Vergangenheit, ist nicht denkbar. Denn Zukunft beginnt genau hier.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.

Ihre Andrea Rühmann

Geschäftsführerin der AKSB e. V.

Historisch-politische Bildung: Mehr als Holocaust Education

Ein Zitat von Theodor W. Adorno setzt den Maßstab: „Daß Auschwitz nicht noch einmal sei.“ Historisch-politische Bildung nimmt diesen Auftrag ernst und verknüpft Geschichte mit den Herausforderungen der Gegenwart. Und nicht nur das: Sie zeigt, wie Erinnerung Gesellschaft verändern kann, sie will Haltung formen und Verantwortung fördern. Welche Chancen und Herausforderungen sich daraus ergeben, beschreibt Frieda Himstedt, Leitung des AKSB-Schwerpunkts *Perspektivenvielfalt und Erinnerungsarbeit in der historisch-politischen Bildung*.

„Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. Sie geht so sehr jeglicher anderen voran, daß ich weder glaube, sie begründen zu müssen noch zu sollen. Ich kann nicht verstehen, daß man mit ihr bis heute so wenig sich abgegeben hat.“ Dieses Zitat von Theodor W. Adorno verdeutlicht, dass historisch-politische Bildung mehrere Punkte vereint:

- ❖ Die Erziehung, zu der auch Bildung zählt.
- ❖ Die Analyse der Umstände, in denen „das Ungeheuerliche“, „die Barbarei“ – um weiter Adorno zu zitieren – stattfinden konnten.
- ❖ Die Analyse der Umstände, unter denen Zustände fortbestehen konnten.
- ❖ Politische und gesellschaftliche Veränderung.

Die Forderung, „daß Auschwitz nicht noch einmal sei“, verdeutlicht die Bedeutung der historisch-politischen Bildung. Und ist eine Erklärung dafür, warum der Begriff der historisch-politischen Bildung in Deutschland zunächst mit der Holocaust Education gleichgesetzt wird.

Allerdings: Die historisch-politische Bildung ist ein thematisch nicht gebundener Ansatz und kann sich auf verschiedene historische Ereignisse und Prozesse beziehen. Dadurch ergeben sich viele mögliche Inhalte, Schwerpunkte und Methoden. Sie alle verbindet der Anspruch, Lehren aus der Vergangenheit in die Gegenwart zu übertragen und Schlüsse für das gesellschaftliche Zusammenleben zu ziehen.

Als Zweig der politischen Bildung will die historisch-politische Bildung Menschen zu selbstbestimmter Urteilsbildung, Reflexion, Verantwortungsübernahme und Partizipation befähigen und somit „das Verständnis für demokratische Werte, Menschenrechte, politische Institutionen und Prozesse“ festigen (Bundesministerium des Inneren).

Der Blick auf historische Prozesse, in denen Menschenrechte, gesellschaftlicher Zusammenhalt und Demokratie gefährdet oder gar nicht mehr existent waren, ist ein wichtiges Instrument, um den gegenwärtigen gesellschaftlichen und demokratischen Zustand zu reflektieren. Gerade angesichts der Verbreitung autoritärer und nationalistischer Ansichten sowie Ideologien der Ungleichwertigkeit in der Gesellschaft wird deutlich, wie nötig solche Reflexions- und Bildungsprozesse sind. In den Debatten um den sogenannten „Rechtsruck“ wird regelmäßig gefordert, die Lehren aus der nationalsozialistischen Vergangenheit nicht zu vergessen. Gleichzeitig ist die historisch-politische Bildung konfrontiert mit Geschichtsrevisionismus, Desinformation und Schlussstrichdebatten.

Die historisch-politische Bildung steht somit vor neuen Herausforderungen. Die Chancen, die mit einer multiperspektivischen historisch-politischen Bildung einhergehen, zeigen die folgenden Beispiele.

Rechte Gewalt und ihre Kontinuität in Deutschland

Unter dem Anspruch „Erinnern heißt verändern“ stellt die „Initiative 19. Februar Hanau“ den Anschlag, bei dem 2020 neun Menschen von einem Rechtsextremen erschossen wurden, in einen größeren gesellschaftlichen Zusammenhang. Sie thematisiert die unterschiedlichen Formen von Rassismus und rechtem Terror in Deutschland und seine Auswirkungen auf migrantisierte Menschen. In solidarischer Verbundenheit mit den Betroffenen vorheriger rassistischer Anschläge zeigt sie die Leerstellen im kollektiven Gedächtnis der Dominanzgesellschaft auf: „Es gibt eine Kontinuität rechter Gewalt in diesem Land, die es genauso zu benennen gilt, wie die Kontinuität, wie wir mit Be-



Bildquelle: unsplash.com/Sandy Millar

troffenen und Angehörigen umgehen“ (Duman/ Arslan).

Damit wird eine Leerstelle der historisch-politischen Bildung deutlich, denn auch hier wird die Kontinuität rechter Gewalt vom Nationalsozialismus über die rechten Pogrome der 1990er-Jahre, die sogenannten „Baseballschlägerjahre“ der frühen 2000er-Jahre bis hin zu den Anschlägen von Halle und Hanau zu wenig thematisiert. Die Forderung „Erinnern heißt verändern“ trifft den Kern der historisch-politischen Bildung, Menschen durch die verbindende Analyse von Geschichte und Gegenwart – und damit eben auch der Kontinuitäten – zu einer selbstbestimmten Meinungsbildung und schließlich zu (verändernder) Partizipation zu befähigen.

Gleichzeitig kann „Erinnern heißt verändern“ historisch-politische Bildner*innen zu einer kritischen Selbstreflexion bewegen, wie sich die eigene Arbeit verändern muss. Die Geschichtserzählung in Deutschland – und somit auch die historisch-politische Bildung – ist noch immer stark durch eine weiß-christliche Dominanzgesellschaft geprägt. Die vielfältigen Geschichten von migrantisierten und rassifizierten Menschen bleiben unerzählt und damit auch die Chancen der Befähigung zu Partizipation und Veränderung vertan. Die Geschichten migrantisierter Menschen in Deutschland zu erzählen, trägt dazu bei, die historisch-politische Bildung

gegenwarts- und zukunftsfähig zu machen. Es fördert die Repräsentation und kann durch Verständnis und Empathie zu einem stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhang beitragen.

Koloniale Vergangenheit verstehen, gegenwärtig handeln

Ein weiteres Thema, das bisher kaum sichtbar gemacht wird, sind die Geschichte und die Kontinuitäten des Kolonialismus. Auch hier sind es insbesondere selbst von Rassismus betroffene Menschen, die die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Deutschlands und der Kolonialität fordern und in den öffentlichen Diskurs einbringen.

Für die historisch-politische Bildung ergeben sich verschiedene alltagsbezogene Anknüpfungspunkte:

- ❖ Die Beschäftigung mit Kolonialismus bietet die Chance, Rassismus und seine Wirkungen in der Gesellschaft zu verstehen und in seiner Kontinuität zum Kolonialismus einordnen zu können.
- ❖ Globale Ungerechtigkeiten, wie die ökonomische und ökologische Ausbeutung des globalen Südens, können strukturell als Fortwirkung des Kolonialismus verstanden und anhand von Alltagsbeispielen wie den Produktions- und Lieferketten besprochen werden.



- ❖ Insbesondere migrantisierte und/oder rassifizierte Personen können durch die Beschäftigung mit Kolonialismus und seinen Kontinuitäten einen Zugang dazu finden, wie die Abwertung ihrer Sprachen, Traditionen, Spiritualität, ihres Wissens und Formen der Erkenntnis und vielem Weiteren historisch gewachsen ist.
- ❖ Dies eröffnet die Möglichkeit, verändernde Prozesse anzustoßen oder daran mitzuwirken und verfolgt somit in besonderer Weise die Ziele der historisch-politischen Bildung. Diese Prozesse können etwa im erinnerungskulturellen Bereich erfolgen, wobei wiederum ein lebensweltlicher Bezug hergestellt werden kann. Wenn Widerstandsgeschichten und -persönlichkeiten thematisiert werden, kann dies migrantisierte und/oder rassifizierte Personen empowern und als Alternative zur täterzentrierten (bzw. in der Intention „helden“-zentrierten) Erinnerung an die Kolonialgeschichte dienen.



Herausforderungen für die historisch-politische Bildung

Diese Beispiele verdeutlichen: Für die historisch-politische Bildung liegen Chancen darin, sich multiperspektivisch Themen zu widmen, die in der Geschichtserzählung der Dominanzgesellschaft unterrepräsentiert sind. Die historisch-politische Bildung steht damit auch vor großen Herausforderungen. Angesichts unterschiedlicher soziodemografischer Faktoren stellt sich die Frage, inwiefern biografische Nähe zu einem geschichtlichen Prozess für die Bildungsarbeit notwendig ist. Dies gilt etwa bei der zunehmenden zeitlichen Entfernung zum Nationalsozialismus oder mit Blick auf familienbiografische Hintergründe, die sich nicht auf die deutsche Geschichte beziehen.

Je mehr sich die historisch-politische Bildung multiperspektivisch ausrichtet, desto mehr muss sie sich mit verschiedenen Betroffenheiten und Konzepten für einen sensiblen Umgang mit diesen auseinandersetzen. Hierzu gehört auch, eigene Machtpositionen als politische Bildner*innen kritisch zu reflektieren. Sich diesen Herausforderungen zu stellen ist nicht nur lohnenswert, es ist notwendig für die zielführende und wirksame historisch-politische Bildungsarbeit.



Quellen zum Weiterlesen

Adorno, Theodor W. (1966): Erziehung nach Auschwitz. In: ders.: *Erziehung zur Mündigkeit, Vorträge und Gespräche mit Hellmuth Becker 1959-1969*. Herausgegeben von Gerd Kadelbach. Frankfurt am Main 1970, S. 92–109.

BMI (o.J.): Politische Bildung. Online: bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/wehrhafte-demokratie/politische-bildung/politische-bildung-node.html [Letzter Zugriff: 14. Juli 2025]

Duman, Newroz; Arslan, Ibrahim (2021): Von Mölln bis nach Hanau: Erinnern heißt verändern. Online: heimatkunde.boell.de/de/2021/02/19/von-moelln-bis-nach-hanau-erinnern-heisst-veraendern [Letzter Zugriff: 14. Juli 2025]

[glossar]

Baseballschlägerjahre

Bezeichnet eine Zeit, in der rechtsextreme und rassistische Straßen- und Alltagsgewalt in Ostdeutschland besonders sichtbar war. Der Baseballschläger steht sinnbildlich für den offenen Terror junger Neonazis.

Dominanzgesellschaft

Gesellschaftliche Mehrheit, die Normen und Regeln setzt – meist ohne sie selbst zu hinterfragen. Minoritäten orientieren sich an dieser Mehrheit, um anerkannt zu werden.

Erinnerungskultur

Umgang einer Gesellschaft mit ihrer Vergangenheit. Dazu gehören Gedenkstätten, Jubiläen, Debatten, Denkmäler und Bildungsprojekte.

Empowerment

Menschen werden gestärkt, ihre Rechte wahrzunehmen und ihre Stimme zu erheben. Besonders wichtig für Gruppen, die Ausgrenzung erleben.

Holocaust Education

Bildungsarbeit zum Holocaust. Es geht um das Wissen über den nationalsozialistischen Völkermord an den Jüd*innen und um die Frage, wie sich Antisemitismus bis heute zeigt.

Kontinuitäten

Haltungen, Strukturen oder Muster verschwinden nicht einfach, sondern wirken fort. Zum Beispiel lebt koloniales Denken in Sprache, Stereotypen oder Sammlungen in Museen weiter.

Lebensweltlicher Bezug

Bildung setzt an den Erfahrungen der Lernenden an. Geschichte wird nicht abstrakt vermittelt, sondern mit der eigenen Lebensrealität verknüpft.

Leerstellen im kollektiven Gedächtnis

Themen, Ereignisse oder Gruppen, die in der Erinnerung einer Gesellschaft kaum vorkommen. Beispiel: Die koloniale Vergangenheit Deutschlands oder die Perspektive von Betroffenen rechter Gewalt.

Migrantisierte Menschen

Bezeichnet Menschen, denen durch Gesellschaft oder Behörden eine „Migrationsgeschichte“ zugeschrieben wird – unabhängig davon, ob sie selbst eingewandert sind.

Multiperspektivischer Bildungsansatz

Geschichte wird aus mehreren Blickwinkeln vermittelt. Es kommen verschiedene Gruppen, Erfahrungen und Sichtweisen zu Wort. Beispiele sind die Kolonialgeschichte aus der Perspektive der Kolonisierten oder der Zweite Weltkrieg aus Sicht der Zivilbevölkerung.

Rassifizierte Menschen

Bezeichnet Menschen, denen durch Zuschreibung eine „Rasse“ oder Herkunft angedichtet wird.

Rechtsruckdebatte in Deutschland

Auseinandersetzung darüber, dass rechtsextremistische oder -populistische Parteien und Positionen in Gesellschaft und Parlamenten stärker werden. Diskutiert wird über Ursachen, Folgen und Gegenstrategien.

Theodor W. Adorno

Philosoph und Soziologe. Prägte die deutsche Nachkriegsdebatte über Verantwortung. Schlüsselfigur für die historisch-politische Bildung.

Erinnerung als Auftrag

Deutschland hat lange gebraucht, das eigene Unrecht an vom Nationalsozialismus Betroffenen zu adressieren. Die Gründung der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) im Jahr 2000 markiert einen Wendepunkt in unserer Erinnerungskultur – Staat, Wirtschaft und Gesellschaft übernahmen politische und moralische Verantwortung für das Leid der NS-Zwangsarbeiter*innen und anderer Betroffener. Welche Projekte und Aktivitäten der historisch-politischen Bildungsarbeit die Stiftung heute fördert, schildert Malte Krumrey, Fachreferent für Jugend im Handlungsfeld „Bilden“.

Im Jahr 2025 – 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – ist die Frage, wie an die Zeit des Nationalsozialismus und nationalsozialistische Verbrechen in Deutschland und Europa erinnert wird, aktueller denn je. Die digitale Transformation schafft neue Zugänge zu historischem Wissen, bietet aber gleichzeitig Raum für Verschwörungserzählungen und Fake News. So versuchen etwa rechtsextreme und antidemokratische Akteure über Soziale Medien Desinformation zu verbreiten und Narrative zu verzerrn. Zwar ist laut der repräsentativen „Gedenkanstoß“-MEMO-Studie 2025 der Stiftung EVZ das historische Interesse der Menschen in Deutschland an der NS-Zeit nach wie vor hoch. Allerdings bestehen teils erhebliche Wissenslücken zu der NS-Geschichte der eigenen lokalen Umgebung oder den Opfergruppen der NS-Verfolgung. Erstmals stimmte seit Beginn der MEMO-Studienreihe 2018 eine Mehrheit der Befragten der Forderung zu, dass ein „Schlussstrich“ unter die Zeit des NS gezogen werden sollte. Die Befunde zu Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus sind besorgnisregend. Gleichzeitig wird der Kreis der Zeitzeug*innen und Überlebenden, die aus eigener Erfahrung vom ihnen erfahrenen Unrecht der NS-Zeit berichten können, altersbedingt stetig kleiner.



Teilnehmende eines EVZ-geförderten Programms in Armenien befassen sich mit Fragen zu Demokratie und Werten. Bild: Tristan Tsikaridze

Wandel und Herausforderung von Erinnerungskultur(en)

Wie etwas erinnert wird und woran sich erinnert wird, ist kein monolithisch vordefinierter Block. Erinnerungskultur wird in zeitgenössischen Diskursen und Interpretationen immer wieder neu verhandelt. Es bestehen parallel verschiedene Perspektiven auf Erinnerung als kollektive Kultur, etwa die der Mehrheitsgesellschaft oder auch die von marginalisierten Minderheiten. Über 26 Millionen Menschen mussten im Deutschen Reich zwischen 1939 und 1945 Zwangsarbeit leisten. Die deutschen Regierungen und die von der Zwangsarbeit profitierenden kleineren und großen Unternehmen, Kirchen und Privathaushalte lehnten – von wenigen Ausnahmen abgesehen – lange jede Verantwortung ab. Die Gründung der Stiftung EVZ im Jahr 2000 war ein rechtlicher und moralischer Meilenstein, um ehemaligen Zwangsarbeiter*innen und anderen vom Unrecht des Nationalsozialismus Betroffenen individuelle humanitäre Zahlungen zu ermöglichen. Diese finanzielle Übernahme der Verantwortung durch Staat, Wirtschaft und Gesellschaft – durch das am 2. August 2000 vom Bundestag beschlossene „Gesetz zur Errichtung einer Stiftung für Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ und rund 6.500 Firmen der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft – stellte einen wichtigen Wendepunkt in der deutschen Erinnerungskultur dar. Bis zum offiziellen Abschluss der Zahlungen am 12. Juni 2007 wurden insgesamt 4,4 Milliarden Euro an 1,66 Millionen ehemalige Zwangsarbeiter*innen oder ihre Rechtsnachfolger*innen ausgezahlt.

Neben der Betreuung Überlebender des NS-Regimes liegt der Auftrag der Stiftung heute darin, die Erinnerung an das Unrecht der NS-Verfolgung gemeinsam mit jungen Menschen lebendig zu halten. Sie sollen ermutigt werden, sich der aus





Junge Polizeianwärter*innen aus Deutschland und Polen besuchen eine Gedenkstätte im Umland von Zamość im Rahmen des Programms „JUGEND erinnert international“. *Bild: Piotr Strojnowski*

der Vergangenheit erwachsenden Verantwortung anzunehmen, die Zukunft in Partnerschaft mit demokratischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu gestalten und sich für Menschenrechte und Völkerverständigung einzusetzen. Die Stiftung EVZ konnte durch ihre Handlungsfelder „Bilden“ und „Handeln“ allein im Jahr 2024 146 Projekte mit einer Gesamtsumme von 8,8 Millionen Euro aus Eigenmitteln fördern. Zusätzlich wurden weitere Projekte im Umfang von 17 Millionen Euro an Drittmitteln durch die Stiftung bewilligt. Vor dem Hintergrund ihrer Gründungsgeschichte ist die Stiftung EVZ besonders in Mittel- und Osteuropa, Israel sowie in Deutschland aktiv.

Gegenwartsbezug und Zukunft von Erinnerung und Engagement

Die Stiftung EVZ reagiert auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen mit der Förderung innovativer Projekte, die neue Zugänge zu historisch-politischer und Menschenrechtsbildung eröffnen. Insbesondere die Zielgruppe junger Menschen steht im Fokus, denn: Die Ergebnisse der MEMO-Jugendstudie 2023 bekräftigen die Relevanz der Verbindung von Erinnerung, historischer Bildung und Gegenwartsbezug für junge Menschen. Die Mehrheit der befragten 16- bis 25-Jährigen gibt an, dass die „eigene Auseinandersetzung mit der NS-Zeit [...] sie für die Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen in der Gegenwart sensibilisiert“ habe. Dabei steht auch die aktive Beteiligung im Mittelpunkt: Denn wer ernsthaft und auf Augenhöhe beteiligt wird, macht die Erfahrung, Gesellschaft und

Demokratie mitgestalten zu können und erlebt Selbstwirksamkeit.

Die Stiftung EVZ fördert beispielsweise mit dem Drittmittelprogramm „JUGEND erinnert vor Ort & engagiert“ Projekte für junge Menschen an historischen Orten und Projekte der Jugendarbeit zu historischen Themen. Durch das Drittmittelprogramm „JUGEND erinnert international“ werden Jugendaustausch und das transnationale Lernen an historischen Orten der NS-Verfolgung ermöglicht. Das Förderprogramm „Young Civil Societies for Democracy“ unterstützt den transnationalen Jugendaustausch und legt den Fokus stark auf das Engagement junger Menschen – sie werden befähigt, mit der Umsetzung eigener Mikroprojekte zivilgesellschaftliche Initiativen in ihrem lokalen Umfeld zu starten.

Vertieft werden können die Lernerfahrungen digital mit Blended-Learning-Aktivitäten der EVZ Academy. Der stiftungseigene Instagramkanal „EVZYoung“ richtet sich direkt und jugendgerecht an junge Menschen. Neue Ansätze des Erinnerns im digitalen Raum werden auch über das Förderprogramm „Bildungsagenda NS-Unrecht“ erprobt.

Die Stiftung EVZ bietet mit ihren Förderangeboten vielfältige Zugänge und methodische Ansätze zu historischem Lernen für junge Menschen und Jugendarbeit. Ihnen ist gemeinsam, dass sie neben der Sensibilisierung für historische Zusammenhänge eine lebensnahe und handlungsorientierte Demokratiebildung bieten, die ihre Resilienz und kritische Urteilsfähigkeit gegenüber demokratifeindlichen Einstellungen und Verschwörungserzählungen stärkt.

In den Jahren 2025/2026 begeht die Stiftung EVZ ihr 25-jähriges Bestehen: Mit dem Leitspruch „KEINE ZEIT ZU VERGESSEN“ wird gezeigt, dass die Aufgaben und Ziele der Stiftung sowie die Herausforderungen an die Erinnerungskultur nichts an Aktualität und Relevanz eingebüßt haben.

Zum Weiterlesen:

Stiftung EVZ (Hrsg.): Gedenkanstoß MEMO-Studie. Internationaler Erinnerungsmonitor 2025,
stiftung-evz.de/gedenkanstoess

Stiftung EVZ (Hrsg.): MEMO-Jugendstudie 2023,
stiftung-evz.de/was-wir-foerdern/memo-jugendstudie/

Erinnerungskultur(en) unter Druck – AKSB-Jahrestagung

Nicht nur Thema dieser *inform*-Ausgabe, sondern auch Inhalt der AKSB-Jahrestagung 2025: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der historisch-politischen Bildung. Zwei Tage lang drehten sich Workshops, Exkursionen und Diskussionen um deutsche Erinnerungskulturen, Perspektivenvielfalt, Möglichkeiten und Grenzen der Bildungsarbeit. Ein Überblick von Anna Keller-Keith und Claudia Krupp.

Am 17. und 18. November tagte die AKSB zum Thema „Erinnerungskultur(en) unter Druck – Perspektivwechsel in der (historisch-)politischen Bildung“ im Caritas-Pirkheimer-Haus (CPH) in Nürnberg.

Die AKSB-Zentralstelle begrüßte ihre Mitglieder mit einem durchdachten Programm rund um die Frage: Braucht historisch-politische Bildung angesichts eines wachsenden geschichtlichen Unwissens und steigender Desinformation einen Perspektivwechsel?

Den Auftakt bildete der AKSB-Vorsitzende Gunter Geiger mit seiner Begrüßungsrede. Es folgte ein Einblick von Dr. Siegfried Grillmeyer, dem Direktor des CPH, zur historisch-politischen Bildungsarbeit des Caritas-Pirkheimer-Hauses, und eine Keynote von Dr. Ulrike Schrader, Leiterin der Begegnungsstätte „Alte Synagoge“ in Wuppertal, zur Erinnerungsarbeit in Deutschland zwischen historischer Verantwortung und demokratischer Zukunft. Der Nachmittag bot passend dazu vier Workshops rund um historisch-politische Bildung und aktuelle Herausforderungen im Hinblick auf rechtsextreme Anfeindungen on- und offline.

Am zweiten Tag durften sich die Teilnehmer*innen zwischen drei Exkursionen entscheiden: Einer Führung durch das „Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände“, einem Besuch des „Memorium Nürnberger Prozesse“ oder einem postkolonialen Stadtrundgang (Critical Walk) durch Nürnberg.

Den Ausklang der Jahrestagung bildete eine Podiumsdiskussion der Akademie Caritas-Pirkheimer-Haus mit Erzbischof Herwig Gössl des Bistums Bamberg, Matthias Kühne, Projektmitarbeiter der Katholischen Erwachsenenbildung des Landes Sachsen-Anhalt, sowie AKSB-Geschäftsführerin Andrea Rühmann zur Frage: Wie politisch kann Kirche sein? .



Kirche und Politik (v. l. n. r.): Dr. Siegfried Grillmeyer (Akademiedirektor des CPH in Nürnberg), Gunter Geiger (AKSB-Vorsitzender), Andrea Rühmann (AKSB-Geschäftsführerin), Erzbischof Herwig Gössl (Bistum Bamberg) und Matthias Kühne (Katholische Erwachsenenbildung im Land Sachsen-Anhalt) diskutierten, wie politisch Kirche ist und wie sie sich politisch positionieren kann. Bild: Anna Keller-Keith/AKS



Die Exkursion „Memorium Nürnberger Prozesse“ führte unter anderem in den Saal 600 des Nürnberger Justizgebäudes. Dort fanden die sogenannten Nürnberger Prozesse gegen einige der bekanntesten Kriegsverbrecher der NS-Zeit statt.

Bild: Max Berger

Workshop: Umkämpftes Erinnern an rechten Terror am Beispiel der Region

Der Workshop beleuchtete die Geschichte rechter Gewalt in und um Nürnberg nach 1945 und fragte nach den Auseinandersetzungen um Erinnerungskultur. Am Beispiel des antisemitischen Attentats auf Shlomo Lewin und Frida Poeschke 1980 in Erlangen wurde sichtbar, dass Erinnerung kein selbstverständlicher Akt ist, sondern ein umkämpfter Prozess. Gemeinsam wurden Muster und Dynamiken der Erinnerung an rechten Terror untersucht und diskutiert.

Padlet-Zusammenfassung:

Erkenntnis für die historisch-politische Bildung und die Erinnerungskultur:

Erinnern ist ein langfristiger Prozess und ein ständiger Kampf um die Bedeutungszuweisung und Deutungshoheit.

Dieser Punkt hat uns überrascht, erfreut oder irritiert:

Die Kontinuität rechter Gewalt/Terror direkt nach dem Zweiten Weltkrieg ist erschreckend. Die Vielzahl und Anzahl der Ereignisse allein in einer Region Deutschlands ist unglaublich.

Welche Arbeitsaufträge ergeben sich für die Bildungsarbeit:

Die Arbeit wird nie abgeschlossen sein, dranbleiben ist zentral.

Workshop: Katholizismus und Nationalsozialismus – Historische Diskurse und aktuelle Bezüge

Die Vertreter*innen des Katholizismus mussten in den 1930er-Jahren auf den Aufstieg der extremen Rechten reagieren. Welche Strategien verfolgten sie? Für welche Versprechungen und Drohungen des Nationalsozialismus waren sie empfänglich, wo zogen sie Grenzen? Dabei nahm der Workshop auch die Gegenwart in den Blick: Welche Parallelen gibt es, und welche Anregungen lassen sich heute aus der Auseinandersetzung mit dem Vergangenen gewinnen?

Padlet-Zusammenfassung:

Erkenntnis für die historisch-politische Bildung und die Erinnerungskultur:

Analogien und Parallelen müssen gesehen, aber aus heutiger Perspektive beobachtet und betrachtet werden.

Dieser Punkt hat uns überrascht, erfreut oder irritiert:

Es wurde nochmal deutlich: Die Brandmauer ist immens wichtig und sie muss halten!



Das ab 1933 konzipierte Reichsparteitagsgebäude gehört zu den bekanntesten Beispielen nationalsozialistischer Monumentalarchitektur und dient mittlerweile als historischer Lernort. Das insgesamt 12 km² große Gelände ist bis heute ein Zeichen des Größenwahns der NS-Zeit.

Bild: Andrea Rühmann



Unter Leitung der „Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland – Nürnberg e. V.“ führte die Exkursion „post-kolonialer Stadtrundgang“ unter anderem zur Straße der Menschenrechte (im Bild zu sehen), zum Naturhistorischen Museum und zur „Mohren“-Apotheke, die nach jahrelangen Auseinandersetzungen umgestaltet wurde.

Bild: Anna Keller-Keith/AKSb

Workshop:

Extrem rechte Anfeindungen gegen Gedenkstätten, Erinnerungsarbeit und historisch-politische Bildung

Der Workshop stellte die grundlegenden Narrative und Argumentationsstrategien extrem rechter und rechtspopulistischer Geschichtspolitik dar, um dann zu erarbeiten, was nötig ist, um eine Haltung gegen konkrete Anfeindungen, Vereinnahmungsversuche und Neutralitätspostulate einzunehmen.

Padlet-Zusammenfassung:

Erkenntnis für die historisch-politische Bildung und die Erinnerungskultur:

Neben kurzfristigen Reaktionen zum Beispiel auf die Anfragen benötigen wir vor allem strukturelle und langfristige Lösungsansätze. Hierzu kann unter anderem ein Awarenesskonzept genutzt werden. Gleichzeitig ist es hilfreich, wenn das eigene Wertegerüst immer wieder über Jahre deutlich wird.

Dieser Punkt hat uns überrascht, erfreut oder irritiert:

Wir besitzen als Einrichtungen in katholisch-sozialer Trägerschaft bedeutende Ressourcen, wenn wir uns auf Verlautbarungen der Bischofskonferenz, die Konvention und den Claim der AKSB, die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Akademien (AKAd), aber vor allem auch die Rückendeckung im Team und der Leitung vor Ort berufen können.

Welche Arbeitsaufträge ergeben sich für die Bildungsarbeit:

Die Konvention bietet eine enorme Ressource für den Umgang mit solchen Aufgaben. Ein Bildungsangebot dazu kann noch einmal sinnvoll sein.

Workshop: Erinnerungskultur in Social Media

Die Social-Media-Plattform TikTok beeinflusst das politische Weltbild von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Reichweitenstarke Accounts zu kulturellen und politischen Erinnerungen auf TikTok boten exemplarische Einblicke in deren Content, Kommunikationsstrategien und Ästhetiken. Ziel war es, ein tieferes Verständnis von digitaler Erinnerungskultur zu entwickeln und über mögliche Bildungsangebote in diesen Kanälen ins Gespräch zu kommen.

Padlet-Zusammenfassung:

Erkenntnis für die historisch-politische Bildung und die Erinnerungskultur:

Die Creator*innen nutzen sehr stark emotionalisierten Content und eine sehr stark verdichtete Erzählform.

Dieser Punkt hat uns überrascht, erfreut oder irritiert:

TikTok hat eine hohe Relevanz für die politische Meinungsbildung der Jugendlichen. Die Plattform vernetzt und unterstützt zum Thema "Erinnerungskultur der Schod". Das Medium wird eher zur Information, weniger als Diskussionsraum genutzt. Daher stellt sich die Frage, ob Kommentarspalten und ihre Moderation notwendig sind.

Welche Arbeitsaufträge ergeben sich für die Bildungsarbeit:

Erinnerungskultur auf Social Media könnte von der AKSB verstärkt thematisiert und das Medium mehr genutzt werden. Attraktiv für die User*innen ist „snackable Content“: kurze Informationen zu einem bestimmten Bereich. Auch "Stitch-Videos" könnten genutzt werden - also Videos, bei denen ein anderes Video zum Beispiel politisch eingeordnet wird.

Aktiv sein gegen Antiziganismus, im Alltag und im Stiftungshandeln

Antiziganismus ist ein tief verwurzeltes gesellschaftliches Problem und prägt das Leben vieler Sinti*ze und Rom*nja bis heute. Angebote zum Thema Antiziganismus sind deshalb unerlässlich – sowohl, um die Geschichte der Sinti*ze und Rom*nja anzuerkennen, als auch, um demokratische und inklusive Gesellschaften zu fördern. Einblicke geben Edlira Majko und Andreas Neidhart. Sie betreuen in der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) gemeinsam mit Selbstorganisationen Projekte gegen Antiziganismus. Da die Stiftung EVZ derzeit ein AKSB-Projekt fördert, haben wir sie darum gebeten, in einem Gastbeitrag ein Thema zu beleuchten, das in der AKSB momentan nur eine marginale Rolle spielt.

Antiziganismus reicht vom Mittelalter über die NS-Zeit bis in die Gegenwart und prägt das Leben vieler Sinti*ze und Rom*nja bis heute. Dennoch bleibt er in der gesellschaftlichen Wahrnehmung weitgehend unsichtbar. Angebote zum Thema Antiziganismus sind deshalb nicht nur notwendig, sondern unerlässlich sowohl für die Anerkennung der Geschichte der Sinti*ze und Rom*nja als auch für die Förderung demokratischer und inklusiver Gesellschaften. Die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) veröffentlichte im Juni 2025 ihren aktuellen Bericht, der einen besorgniserregenden Anstieg antiziganistischer Vorfälle in Deutschland dokumentiert. Er macht deutlich, dass die Diskriminierung von Rom*nja und Sinti*ze kein abgeschlossenes Kapitel der Geschichte ist, sondern in einer langen Kontinuität steht. Während des Nationalsozialismus wurden hunderttausende Sinti*ze und Rom*n-

ja verfolgt und ermordet – ein Völkermord, der erst in den 1980er-Jahren offiziell anerkannt wurde. Fehlende Gedenkorte, marginalisierte Überlebende und ausbleibende Entschädigungen führten zu einer doppelten Diskriminierung: zur Vernichtung in der NS-Zeit und zur Ignoranz danach. Die Unwissenheit über die europaweite Verfolgung und Ermordung von schätzungsweise 500.000 Rom*nja und Sinti*ze in der deutschen Bevölkerung wird auch in der aktuellen „Gedenkanstoß“-MEMO-Studie 2025 deutlich: Über die Hälfte der Befragten kann keine Einschätzung zu den Opferzahlen abgeben und nur etwa ein Viertel gab eine einigermaßen realistische Schätzung ab. Antiziganismus ist kein historisches Phänomen – er wirkt fort: im Bildungssystem, auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, in Medien und Behörden.



Die Romplay Akademie in Hamburg 2025. Bild: Daniel Ladnar



Zum Begriff „Antiziganismus“

Der Begriff „Antiziganismus“ ist umstritten, da er das rassistische „Z-Wort“ enthält und somit die Fremdbezeichnung reproduziert. Manche Sinti*ze und Rom*nja lehnen ihn daher ab. Alternativen, vor allem von Aktivist*innen geprägt, sind Gadje-Rassismus (Gadje = Nicht-Angehörige der Minderheit im Romanen), Anti-Sinti/Roma-Rassismus oder historisch tradierter spezifischer Rassismus gegenüber Sinti*ze und Rom*nja. Dennoch hat sich „Antiziganismus“ in der Forschung und im internationalen Diskurs – etwa durch die Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) – etabliert.

Die Stiftung EVZ verwendet den Begriff, weil er die rassistische Konstruktion benennt, nicht die ethnische Zugehörigkeit, und so auch Menschen einschließt, die nicht der Minderheit angehören, aber betroffen sind. Die verschiedenen Begriffe haben ihre Berechtigung und sind ein Zeichen für die Vielfalt der Perspektiven auf die Thematik und innerhalb der Minderheit. „Sinti und Roma“ ist die korrekte Bezeichnung für Angehörige der größten Minderheit Europas. Sinti*ze leben vor allem in Mitteleuropa. Weitere Gemeinschaften der Rom*nja (wie die Kalderaša und Lovara) leben in ganz Europa. Die gegenderte Form der Selbstbezeichnung Rom*nja und Sinti*ze wird inzwischen häufig verwendet, aber auch aus der Sinti-Community heraus kritisiert, da sie sprachlich nicht korrekt sei. Auch diese Debatte ist nicht abgeschlossen und die Perspektiven auf die Thematik sind sehr vielfältig. Die Stiftung EVZ hat sich entschieden, weiterhin von Sinti*ze und Rom*nja zu sprechen und zu schreiben und dabei im Dialog mit der Community zu bleiben.

Vernetzungstreffen von Aktiven in Selbstorganisationen von Sinti*ze und Rom*nja 2024 in Kassel.
Bild: Nina Skripetz

Institutionelle Unsichtbarkeit und alltäglicher Widerstand: Sinti*ze und Rom*nja heute

Schätzungen zufolge leben in Deutschland rund 70.000 Angehörige der anerkannten nationalen Minderheit der Sinti*ze und Rom*nja. Zählt man migrantische Gruppen aus Südosteuropa hinzu, könnten es bis zu 300.000 sein. Exakte Zahlen gibt es nicht, denn ethnische Herkunft wird in deutschen Statistiken nicht erfasst – das ist einerseits eine Reaktion auf die Erfassung solcher Informationen durch die Nationalsozialisten. Gleichzeitig ist es aber auch ein Ausdruck institutioneller Unsichtbarkeit.

Die Kultur von Rom*nja und Sinti*ze ist längst Teil unseres Alltags. Musik, Sprache und Traditionen finden sich in der Jugendsprache, im Theater, in der Geschichte des Jazz oder des Flamencos. Namen wie Django Reinhardt, Marianne Rosenberg oder Dotschy Reinhardt sind vielen bekannt – doch das alltägliche Leben vieler Sinti*ze und Rom*nja bleibt unsichtbar. Diese Unsichtbarkeit ist kein Zufall, sondern Folge jahrhundertelanger Ausgrenzung, die bis heute fortwirkt.

Sie beginnt oft schon in der Schule: Kinder werden mit Stereotypen konfrontiert, seltener gefördert und nicht selten ohne stichhaltige Begründung auf Förderschulen verwiesen. Auch auf dem Wohnungsmarkt erfahren viele Ablehnung. Eine der sichtbarsten Folgen ist die häufige Vermeidung, sich offen als Rom*nja und Sinti*ze zu bekennen.

Aus Angst vor Benachteiligung, Vorurteilen oder sozialer Ächtung geben viele bei Behörden, in Bewerbungen oder sogar im Freundeskreis ihre Herkunft nicht an – manche wählen bewusst eine andere, um sich vor Rassismus zu schützen. Diese strukturellen Hürden verstärken soziale Ungleichheit und erzeugen einen Teufelskreis aus Isolation, Misstrauen und fehlenden Zukunftsperspektiven.

Trotz dieser Widrigkeiten leisten viele Sinti*ze und Rom*nja Widerstand – durch Bildungsarbeit, künstlerischen Ausdruck, politisches Engagement und den Aufbau eigener Organisationen. Sie fordern Sichtbarkeit, Anerkennung und eine Gesellschaft, in der sie sich nicht mehr verstecken müssen.

Politische Bildung gegen Antiziganismus: Teilhabe fördern, Perspektiven stärken

Die Stiftung EVZ setzt sich mit mehreren Programmen aktiv für die strukturelle Teilhabe und Bildungsteilhabe von Rom*ja und Sinti*ze ein. Schon 2011 unterstützte sie die erste Studie zur Bildungsteilhabe von Sinti*ze und Rom*nja von RomnoKher, eine bundesweit tätige Selbstorganisation der Sinti*ze und Rom*nja, und organisierte 2013 einen bundesweiten Arbeitskreis zur Verbesserung der Bildungsbeteiligung und des Bildungserfolgs von Rom*nja und Sinti*ze mit. Die Empfehlungen dieses Arbeitskreises – etwa die Wissensvermittlung von Rom*nja und Sinti*ze in Geschichte und Gegenwart sowie die Beschäftigung von Sinti*ze und Rom*nja im Bildungsbereich, um Rollenmodelle zu schaffen und Vielfalt auch im pädagogischen Bereich abzubilden – haben auch noch heute nicht an Relevanz verloren. In Deutschland fördert die Stiftung aktuell zivilgesellschaftliche Projekte im Förderprogramm „Sinti:ze und Rom:nja in Deutschland

stärken“, wie zum Beispiel das Projekt des Menda Yek e.V., das historische Forschung, Bildungsarbeit und Empowerment miteinander verbindet. Bei der Förderung und Entwicklung ihrer Förderprogramme berücksichtigt die Stiftung die Empfehlungen der Unabhängigen Kommission Antiziganismus. Mit dem Förderprogramm „Latscho Diwes“ („Guten Tag“ in Romanes) unterstützt die Stiftung Selbstorganisationen in der Ukraine und Moldau, die sich für Überlebende der NS-Verfolgung engagieren. Ein Projekt in der ostukrainischen Region Sumy verbindet beispielsweise humanitäre Hilfe mit Empowerment: Überlebende erhalten individuelle Unterstützung, während die Trägerorganisation gestärkt und ihre regionale Vernetzung ausgebaut wird.

Politische Bildungsarbeit kann entscheidende Impulse setzen. Sie muss Diskriminierung sichtbar machen, historische Zusammenhänge erklären und Räume für Perspektivwechsel eröffnen. Zentral ist dabei, dass nicht über Sinti*ze und Rom*nja gesprochen wird, sondern mit ihnen. Exemplarisch seien hier zwei von der Stiftung EVZ geförderte Podcasts genannt: „Amaro Voice“ vom Medien- und Kulturzentrum deutscher Roma e.V. und „Chaya's Talk“ vom Niedersächsischen Verband Deutscher Sinti e.V.

Rom*nja und Sinti*ze müssen als Expert*innen ihrer Geschichte, Gegenwart und Zukunft ernst genommen und in Bildungsprozesse eingebunden werden. Ebenso wichtig sind die Überarbeitung von Schulmaterialien, die Sensibilisierung von Lehrkräften und eine respektvolle, differenzierte Sprache. Jede*r kann im Alltag etwas tun: Haltung zeigen, widersprechen, zuhören, lernen. Politische Bildung kann dabei Orientierung geben – durch Wissen, durch Begegnung, durch Sprache. Denn Antiziganismus ist kein Randproblem, sondern ein Prüfstein für den Zustand unserer Demokratie.

Zum Vertiefen

[Daniel Strauß: Ungleiche Teilhabe. Zur Lage der Sinti:ze und Rom:nja in Deutschland, 2021.](#)

[Medien- und Kulturzentrum deutscher Roma e.V.: Podcast, „Amaro Voice“.](#)

[MIA – Melde- und Informationsstelle Antiziganismus: Antiziganistische Vorfälle in Deutschland 2024.
Dritter Jahresbericht der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus \(MIA\), 2025.](#)

[Niedersächsischer Verband Deutscher Sinti e.V. : Podcast „Chaya's Talk“.](#)

[Stiftung EVZ : Gedenkanstoß MEMO-Studie. Internationaler Erinnerungsmonitor 2025.](#)

[Stiftung EVZ: Gemeinsam für eine bessere Bildung. Empfehlungen zur gleichberechtigten Bildungsteilhabe von Sinti und Roma in Deutschland \(Ergebnisse des Arbeitskreises 2013\).](#)

Blinde Flecken? Politische Bildung zur deutschen Kolonialgeschichte und der Mission in Sachsen

Geht es um Deutschland während der Kolonialzeit, spielt auch Sachsen eine Rolle: Sächsische Kaufleute, Forscher*innen, Missionsgesellschaften und Herrscherhäuser waren in europäischen Kolonien aktiv und trugen rassistische Denkmuster mit. Noch heute lagern entsprechende Gegenstände in sächsischen Museen. Initiativen sehen unter anderem in dieser Vergangenheit Gründe für Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die Aufarbeitung dieser Vergangenheit kann Demokratie fördern. Wie das gelingen kann, fasst Dr. Mathias Piwko (Leiter des Projekts „[Open] Perspectives“) zusammen.

In den vergangenen Jahren hat die Auseinandersetzung mit der kolonialen Geschichte auch im Freistaat Sachsen zugenommen. Waren es vor fünf Jahren vor allem Ausstellungen wie „Kistengeflüster“ des Völkerkundemuseums Dresden 2019, die das Thema in die Öffentlichkeit trugen, so ist die koloniale Geschichte heute zunehmend auch in der politischen Bildung präsent.

Einen Beitrag dazu leistete das Projekt „[Open] Perspectives“, ein gemeinsames Vorhaben der Stiftung Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal (IBZ) und der Katholischen Akademie des Bistums Dresden-Meissen. Ziel des Projekts, das 2025 endete, war es, die koloniale Vergangenheit in den ländlichen Räumen Ostsachsens aufzuarbeiten. Damit leistete es einen Beitrag zur Bekämpfung des Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft.

Zugleich unterstützte das Projekt aktuelle Herausforderungen der politischen Bildung, indem es geeignete Ansätze und Methoden der Vermittlung entwickelte und modellhaft erprobte. Dies ermöglichte diskursive Räume, um eigenständige Urteile und demokratische Handlungsfähigkeit herauszubilden.

Kooperation als Erfolgsfaktor

Grundlage des Vorhabens war die Kooperation zwischen den beiden Projektträgern. Diese hatten bereits seit drei Jahren in dem Projekt *RespACT – Vielfalt leben. Haltung zeigen.* der AKSB zusammen gearbeitet.

In das Projekt „[Open] Perspectives“, gefördert durch das Programm „Weltoffenes Sachsen“, brachten beide Träger ihre Erfahrungen sowie Vernetzungen ein. Die Stiftung IBZ war vor allem für die schulische Präventionsarbeit in Ostsachsen verantwortlich. Schwerpunkt der Arbeit der Katholischen Akademie waren das Themenfeld der Mission und die Planung und Durchführung von Veranstaltungen in der Region Zwickau und Chemnitz. Beide Einrichtungen steuerten das Projekt gleichberechtigt über eine Steuerungsgruppe, in der die Geschäftsleitungen der Träger präsent waren. Zusätzlich begleitete ein Projektbeirat die fachliche Arbeit.

Teil der Umsetzung war auch die gemeinsame Mitarbeit im ökumenischen Arbeitskreis „Postkoloniale Perspektiven in der kirchlichen Bildungsarbeit in Sachsen“. Gemeinsam wurde hier das Positionspa-



pier „Sieben Erwartungen. Bekanntnis schafft Verantwortung, Verantwortung ermöglicht Vergebung, Vergebung schenkt Zukunft“ erarbeitet und unter anderem dem Bischof des Bistums Dresden-Meissen, Heinrich Timmerevers, zur Kenntnis gegeben. Zudem wurde im Projekt mit weiteren Kooperationspartnern zusammengearbeitet. Dazu zählten dekoloniale und postkoloniale Akteure und Initiativen, Museen (zum Beispiel das Völkerkundemuseum Herrnhut) und kirchliche Akteure (etwa das Leipziger Missionswerk).

Regionale Kolonialgeschichte und schulische Präventionsarbeit

Um die Workshops an Schulen in Ostsachsen durchzuführen, konnte ein bestehendes Netzwerk von Schulen genutzt und ausgebaut werden. Neben der Vermittlung von allgemeinen Kenntnissen über die deutsche Kolonialgeschichte setzten sich die Schüler*innen mit regionalen Persönlichkeiten aus Forschung, Politik und Wirtschaft auseinander.

Leerstelle Mission im Blick

Die Katholische Akademie des Bistums Dresden-Meissen kann auf Fachwissen und eine gute Vernetzung zu den Gemeinden zurückgreifen. Daher organisierte sie insbesondere Veranstaltungen für Erwachsene, die sich den Themen Mission sowie aktueller Diskriminierungen marginalisierter Gruppen widmeten. Dazu zählten Podcasts, Abendveranstaltungen und Workshops für Stadtverwaltung, Kirchengemeinden und die allgemeine Öffentlichkeit in Zwickau und in Chemnitz.

Alles Decolonize? Das Interaktionsfeld einer polarisierten Öffentlichkeit

Das Projektteam agierte in einer zunehmend polarisierten Öffentlichkeit. Dazu zählten Versuche (rechts-)extremistischer Akteure, ihre Narrative zu platzieren. Auch Shitstorms, Phänomene unterschiedlich begründeter Sprechverbote, zensierter Quellenarbeit sowie die unkritische Verwendung von Konzepten wie „Culture Appropriation“ und „Critical Whiteness“ spielten eine Rolle. In Teilen der Öffentlichkeit wirken sie diskursverengend und führen zu Gegenreaktionen, die das Projekt erschweren. Das Projektteam eröffnete daher in den Veranstaltungen den Austausch in einem vorhandenen Spannungsfeld zwischen Diskurs und Provokation. Ziel war es dabei nicht unbedingt, eine Übereinstimmung der Diskutant*innen zu erreichen, sondern Perspektiven auf die Sicht der anderen zu ermöglichen. Gerade auch bei den Jugendlichen war es wichtig, diese Offenheit durch den für eine Demokratie notwendigen Meinungsaustausch zu gewährleisten.

Schlussfolgerungen für die politische Bildung

Das Projekt „[Open] Perspectives“ zeigt, dass die inhaltliche Auseinandersetzung mit der regionalen kolonialen Geschichte und der Mission im Kontext des Kolonialismus eine Auseinandersetzung mit aktuellen Diskriminierungen marginalisierter Gruppen unterstützen kann. Politische Bildung muss aber dabei die eigenen theoretischen Grundlagen und Methoden immer wieder kritisch prüfen und auch bestehende offene Fragen benennen (zum Beispiel, welche politische Vorstellung von Kultur hinter der „Culture Appropriation“ steht). Anliegen einer kritischen politischen Bildung ist es, anschlussfähig zu bleiben an einen möglichst breiten Kreis von Adressat*innen, in dem zunehmend auch aktivistische Konzepte mindestens kritisch hinterfragt werden. Letztendlich stellt sich zudem Einrichtungen mit einer katholisch-sozialen und den christlichen Werten im Allgemeinen verpflichtenden politischen Bildung die grundsätzliche Frage, inwieweit sich dies in der eigenen Arbeit überhaupt identitätsbewahrend darstellen lässt. Denn einige der verwendeten konzeptionellen Grundlagen („Critical Whiteness“, de-/postkoloniale Ansätze) und deren Theoretiker*innen waren in totalitären und gewalttätigen Gesellschaftstheorien sowie im Antisemitismus verhaftet (so etwa Frantz Omar Fanon, Edward Said). Die Träger des Projekts „[Open] Perspectives“ können hier in zukünftigen Debatten der AKSB einen praxisbezogenen Beitrag zur Meinungsfindung leisten.

Zum Weiterlesen und Diskutieren

Ingo Elbe, Robin Fürstenhäusler, Katrin Henkelmann et al (Hrsg.): *Probleme des Antirassismus. Postkoloniale Studien, Critical Whiteness und Intersektionalitätsforschung in der Kritik*. Edition Tiamat. Verlag Klaus Bittermann. 2022

Mathias Brodkorb: *Postkoloniale Mythen. Auf den Spuren eines modischen Narrativs*. Klampen Verlag. 2025



Lagertorinschrift „Jedem das Seine“, 2016. Bild: Claus Bach. © Gedenkstätte Buchenwald

Weimar. Zwischen Goethe und Buchenwald

Demokratie braucht Engagement – doch das ist keine Selbstverständlichkeit. Wer nie erfahren hat, wo-hin Diktaturen führen, kann kaum ermessen, was Freiheit wert ist. Mit einem Seminar in Weimar und Buchenwald vermittelt Robert Kläsener von der Kommende Dortmund Jugendlichen, wie schnell Men-schenrechte verloren gehen – und warum es sich lohnt, sie zu verteidigen.

Weimar steht wie kaum eine andere Stadt für die Gegensätze deutscher Geschichte. Hier entfaltete sich im 18. Jahrhundert die Weimarer Klassik mit Goethe und Schiller, hier wurde das Bauhaus gegründet, und hier trat 1919 die Nationalversammlung zusammen, um die erste demokratische Verfassung Deutschlands zu verabschieden. Weimar war ein Zentrum von Kunst, Kultur und Aufbruch – ein Ort, an dem sich Humanismus und gesellschaftliche Reformideen zu einem neuen Denken verbanden.

Weimar steht aber auch für die dunklen Seiten der deutschen Geschichte, für den radikalen Bruch mit

diesen Idealen. Die Nationalsozialisten nutzten den geschichtsträchtigen Ort als Bühne für ihre Propaganda. Bei den Landtagswahlen 1932 holte die NSDAP mit 50,2 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit. Der thüringische Gauleiter – zugleich Vorsitzender der Landesregierung und Innenminister – plante, die gesamte Stadt umzugestalten. Neue Bauten sollten den Anspruch der Diktatur architektonisch verkörpern, die Stadt dem nationalsozialistischen Ideal einer „deutschen Kultur“ für die „Volksgemeinschaft“ entsprechen.

In Weimar entstanden Bauten wie das Gauforum – ein monumentales Verwaltungszentrum – oder

das Hotel Elephant, das die Nationalsozialisten als repräsentativen Treffpunkt nutzen und von Hitler persönlich eröffnet wurde. Zugleich wurden große Rüstungsbetriebe und das Konzentrationslager Buchenwald errichtet. Kaum eine Stadt verdeutlicht bis heute architektonisch so eindrücklich, wie der nationalsozialistische Anspruch umgesetzt werden sollte, eine neue, rassistisch definierte Gesellschaft zu errichten.

Diesen Spannungsbogen zwischen Humanismus und Diktatur vermittelt ein „Actionbound“, entwickelt von der Kommende Dortmund. Innerhalb von rund 90 Minuten führt das digitale Angebot ähnlich einer Schnitzeljagd durch die Stadt und stellt an mehreren Stationen Aufgaben zur nationalsozialistischen Vergangenheit Weimars.

Der App-basierte Stadtrundgang führt unter anderem vom Hauptbahnhof über die ehemalige Gestapo-Leitstelle für Thüringen zum Gauforum bis zum Hotel Elephant. Aber auch Orte wie das Deutsche Nationaltheater – Entstehungsort der Weimarer Reichsverfassung – und Stolpersteine von Deportierten sind Teil des interaktiven Stadtrundgangs.

Der Actionbound wurde bereits mehrfach gespielt, unter anderem im viertägigen Seminar „Weimar. Zwischen Goethe und Buchenwelt“, bei dem die Kommende Dortmund Jugendliche der Jahrgangsstufe 9 der Sekundarstufe Wickede (Ruhr) nach Weimar führte.

Dem Actionbound folgte ein Besuch des Konzentrationslagers Buchenwald, um das Erlebte zu vertiefen und um zu zeigen, wie brutal und menschenverachtend die Nationalsozialisten mit Personen umgingen, die nicht ihrem völkischen und rassistischen Ideal entsprachen oder sich politisch gegen den Nationalsozialismus äußerten. Während einer Führung wurde die Funktionsweise eines autoritären Systems am Beispiel des NS-Regimes erklärt und herausgearbeitet, wie das NS-Regime Kontrolle, Überwachung und Gewalt einsetzte, um seine Ideologie durchzusetzen. Die Spuren des Leidens und die Berichte von Zeitzeug*innen verdeutlichten, wie der Nationalsozialismus Grundrechte der Menschen einschränkte und missachtete.

Die Erfahrung, unter welchen Umständen die Menschen im KZ leben und arbeiten mussten, bewegte die Schüler*innen tief. Die direkte Auseinandersetzung mit den historischen

Schauplätzen, ergänzt um Berichte von Zeitzeugen, boten einen emotionalen Zugang zur deutschen Geschichte. Die Betroffenheit vertiefe die Wahrnehmung und Bedeutung von Freiheit, Menschenwürde und Demokratie.

Besonders die Grundrechtseinschränkungen und Lebensbedingungen der Häftlinge im Konzentrationslager Buchenwald beschäftigten die Jugendlichen in der Reflexion der Weimarexkursion. Die Exkursion hatte ihnen vor Augen geführt, welche weitreichenden Folgen diese dunkle Zeit der deutschen Geschichte hatte und wie sie die Entwicklung unseres Grundgesetzes geprägt haben. Und sie verstanden, dass die Mütter und Väter des Grundgesetzes durch das mahnende Beispiel der gescheiterten Weimarer Reichsverfassung geleitet wurden. Eine wichtige Erfahrung für das Verständnis unserer Verfassung.

Bewusst war ihnen aber auch geworden, dass die Verfassung allein nicht Menschenrechte und Demokratie garantieren. Entscheidend war der Wandel der deutschen Gesellschaft zu einer gelebten Demokratie. Denn die vergangenen Jahrzehnte und insbesondere auch die aktuellen Entwicklungen in den USA haben gezeigt: Ein Verfassungstext allein sichert nicht die Demokratie. Sie lebt nicht von Paragraphen, sondern dank des Engagements von Bürger*innen, die sie mit Leben füllen und sich für ihren Erhalt im Alltag und vor Ort einsetzen.



Der Actionbound „Weimar. Zwischen Goethe und Buchenwald“ ist über den QR-Code kostenlos abrufbar.

Von innen klopft das gleiche Herz

Mit Sätzen wie diesen appelliert Eva Weyl an die Menschlichkeit. Die Holocaust-Überlebende erzählte ihre Geschichte in Hamminkeln-Dingden. Julia Bödeker, Bildungsreferentin im Fachbereich Jugendakademie der Akademie Klausenhof, berichtet vom Projekttag gegen das Vergessen.

Wie lässt sich aus Geschichte Verantwortung für die Gegenwart entwickeln? Diese Frage stand im März 2025 im Zentrum eines Projekttags der Akademie Klausenhof, an dem sich rund 100 Schüler*innen intensiv mit Erinnerungskultur und Antisemitismus auseinandersetzen. Ehrengast des Projekttags war eine Frau, die erlebt hat, wozu Neid, Hass und Missgunst führen können: Eva Weyl, Überlebende des Holocaust, Zeitzeugin und Botschafterin des Erinnerns.

Es herrschte eine außergewöhnliche Stille im Raum, während Eva Weyl von ihrer Kindheit im niederländischen NS-Durchgangslager Westerbork berichtete – einem Ort, der für zehntausende Jüd*innen die letzte Station vor der Deportation in Konzentrations- und Vernichtungslager bedeutete. Sie selbst und ihre Familie entgingen knapp mehreren Deportationen und überlebten so diese schreckliche Zeit.

Ende 1934 flüchteten die Eltern von Eva Weyl – noch vor ihrer Geburt – im Zuge der Judenverfolgung durch die Nationalsozialisten in die Niederlande. Dort verbrachte sie zunächst eine unbeschwerliche Kindheit, bis die Familie Ende Januar 1942 nach Westerbork gebracht wurde. Insgesamt wurden 107.000 Jüd*innen aus den Niederlanden verschleppt – überlebt haben davon nur 5.000. Eine davon: Eva Weyl.

Dank mutiger Mitmenschen und teils falscher Annahmen überlebten sie und ihre Familie diese furchtbare Zeit: Ein Freund ließ etwa den Zettel mit ihrem Namen nach einer Ziehung für die „Todesliste“ verschwinden, ein Luftangriff verhinderte einen geplanten Abtransport. Am 12. April 1945 wurden sie gemeinsam mit über 850 weiteren jüdischen Gefangenen durch kanadische Soldaten befreit. Eva Weyl war zu dem Zeitpunkt gerade einmal neun Jahre alt.

Trotz des Erlebten aus dieser grausamen Zeit denkt Eva Weyl auch an die Freundschaften, die sie im Lager schloss und an die Geborgenheit, die ihre Eltern ihr trotz ihrer eigenen Ängste vor der Zukunft gaben. Auch wenn sie nicht alles verzeihen und jedem vergeben kann, hat sie inzwischen ihren Frieden mit der Vergangenheit gefunden. Im Laufe der Jahre heiratete sie einen nichtjüdischen Mann, dessen Vater ein führender Nazi gewesen war. Für diese Verbindung stellte sie sich gegen ihren eigenen Großvater, der sich gegen diese Ehe aussprach. „Nachdenken, nicht verurteilen, euer Herz sprechen lassen – das möchte ich euch mitgeben“, betonte sie.

Alle Anwesenden waren tief bewegt und dankbar für die Begegnung mit Eva Weyl. Eindrücklich appellierte sie an die Jugendlichen: „Von außen sind wir verschieden, aber von innen klopft das gleiche Herz.“

Von der Zeitzeugin zu „Zweitzeug*innen“

Eva Weyl betonte ausdrücklich, dass heute niemand mehr persönlich für die deutsche Vergangenheit verantwortlich sei. Dennoch sei es unerlässlich, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen – denn nur wer die Vergangenheit kenne, könne an einer besseren Zukunft arbeiten.



Eva Weyl schildert Jugendlichen ihre Kindheit im Nationalsozialismus.



Sie überlebte den Holocaust: Ein Kamerateam dokumentiert Eva Weyls Erinnerungen.

Als Zeitzeugin teilte sie ihre Geschichte und machte alle Anwesenden symbolisch zu „Zweitzeug*innen“. Damit wurde ihnen eine besondere Rolle übertragen: Sie sollen die Erinnerung an das Geschehene weitertragen und sich aktiv für eine offene, demokratische Gesellschaft einsetzen und das eigene Handeln kritisch hinterfragen.

Workshops zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus

Nach dem Vortrag nahmen die Schüler*innen an Workshops teil. Es fand eine Führung durch das Humberghaus Dingden statt, in dem die jüdische Familie Humberg gelebt hatte und das heute eine Gedenkstätte zur Geschichte des jüdischen Lebens ist.

In dem mobilen Escape Game „Leopolds Schatz“ gingen die Jugendlichen auf Spurensuche über die Propaganda und das brutale Vorgehen und Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes.

In praktischen Übungen setzten sich die Jugendlichen mit antisemitischen Verschwörungserzählungen auseinander. Dabei erfuhren sie, wie schnell sich Verschwörungen, Desinformationen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit strukturell verbreiten können und wie dies verhindert werden kann.

Das Angebot „Antisemitismus erkennen – Haltung zeigen“ widmete sich Vorurteilen gegenüber Jüd*innen und die Jugendlichen entwickelten Strategien, wie Antisemitismus erkannt und ihm entgegengetreten werden kann.

Bei der Ergebnissicherung zum Abschluss war die Botschaft eindeutig: Unabhängig von Herkunft, Reli-

gion oder Geschichte – wir sind alle Menschen. Ein Projekttag, der nicht nur bildet, sondern verbindet.

Über die Veranstaltung und das Projekt

Die Veranstaltung wurde von der Akademie Klausenhof in Kooperation mit der AKSB, dem Humberghaus Dingden, dem St. Josef Haus Dingden sowie der Musikschule Hamminkeln durchgeführt. Der Projekttag fand innerhalb des Projekts „Team Up Against Antisemitism“ statt und wird im Rahmen des Bundesprogramms „Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Vor Ort. Vernetzt. Verbunden.“ (BGZ) mit Fördermitteln des Bundesministeriums des Innern (BMI) gefördert. ■

Escape Game „Zug der Zeit“

Herzstück des Projekts ist ein mobiles Escape Game, das von einem interkulturellen Projektteam entwickelt wurde und junge Menschen für die Themen Antisemitismus und Antidiskriminierung sensibilisieren soll. Zudem wird eine Graphic Novel in Anlehnung an den Zeitzeugen Ernest Kolman entwickelt.

Bei Interesse werden das Escape Game und die weiteren antisemitismuskritischen Bildungsmaterialien gerne auf Anfrage von der Akademie Klausenhof auch an Ihrer Einrichtung durchgeführt. Nach Projektabschluss werden die erarbeiteten Produkte unter CC-Lizenz kostenlos zur Verfügung gestellt.

Mehr Infos und Kontakt:



Geraubt. Entwurzelt.

Systematischer Kinderraub – Horrorvorstellung und hoffentlich Vergangenheit. Doch Geschichte wiederholt sich manchmal eben doch: Im vergangenen Jahrhundert verübt durch die Nationalsozialisten, heute unter anderem durch Russland in der Ukraine. Eine Ausstellung greift diese Spanne auf und vermittelt dadurch sowohl Wissen als auch Werte. Carolin Wenzel, Bildungsreferentin an der Akademie am Tönsberg, führte Jugendliche durch die Ausstellung.

Die Ausstellung „Geraubt. Entwurzelt.“ stellt ein oft übersehenes Kapitel des Zweiten Weltkriegs in den Mittelpunkt: den systematischen Kinderraub durch das nationalsozialistische Regime. Zwischen 50.000 und 200.000 Kinder aus den deutsch besetzten Gebieten Mittel- und Osteuropas – vor allem aus Polen, der Slowakei, Tschechien und der Ukraine – wurden von der SS verschleppt, ihren Familien entrissen und nach rassistischen Kriterien „ausgewählt“. Kinder, die der NS-Ideologie entsprachen, wurden zur Zwangsgermanisierung in deutsche Pflege- und Adoptivfamilien gebracht. Viele dieser Kinder lebten in dem Glauben, ihre neuen Familien seien ihre leiblichen, und erfuhren nie von ihrer wahren Herkunft.

Die Ausstellung, konzipiert und getragen von der Kreisau-Initiative, ist das Ergebnis eines internationalen Projekts mit Partnerorganisationen aus Deutschland, Polen (Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung), Tschechien (Post Bellum) und der Ukraine (Tolerspace). In enger Kooperation mit dem Historischen Museum Bielefeld und der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft wurde sie bis Ende August 2025 im Museum in Bielefeld gezeigt und kann nun von Bildungseinrichtungen ausgeliehen werden. Während der Station in Bielefeld führte die Akademie am Tönsberg aus Oerlinghausen begleitend Workshops an Schulen durch, um das Thema und die Ausstellung pädagogisch mit Jugendlichen zu vertiefen.

Janeks Geschichte

Panel 1: "Ich bin in Deutschland geboren. Meine Eltern wurden getötet, als die Stadt von Briten bombardiert wurde." (Caption: Ich hatte keine Familie, niemanden, der mich um mich kümmern könnte.)

Panel 2: "Ich hatte keine Familie, niemanden, der mich um mich kümmern könnte." (Caption: Ich hatte keine Familie, niemanden, der mich um mich kümmern könnte.)

Panel 3: "Deshalb bin ich in einer Adoptivfamilie gelandet." (Caption: Das System ist nicht gut, aber es ist besser als das, was mir passiert ist.)

Panel 4: "Glücklicherweise fand ich schnell eine neue Familie, die mich wie ihr eigenes Kind sieht." (Caption: Glücklicherweise fand ich schnell eine neue Familie, die mich wie ihr eigenes Kind sieht.)

Die Welt hat aus der Geschichte nichts gelernt

Panel 1: "Die Nationalsozialisten waren nicht die einzigen, die Kinder aus anderen Ländern entführten. Auch in Kanada und Australien geschahen, was die deutschen Nazis taten: Kinder aus anderen von Unreinen betroffenen Gruppen wurden, um sie zu „reinrassigen“ Menschen“ zu machen." (Caption: Die Nationalsozialisten waren nicht die einzigen, die Kinder aus anderen Ländern entführten. Auch in Kanada und Australien geschahen, was die deutschen Nazis taten: Kinder aus anderen von Unreinen betroffenen Gruppen wurden, um sie zu „reinrassigen“ Menschen“ zu machen.)

Panel 2: "Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte man den Kinderausbau in der DDR fort. Ein Beispiel ist das Kinderdorf in der DDR, wo Hunderten von Menschen, die den kommunistischen Machthabern gegenüberstanden, die Kinder weggenommen wurden. Diese Praxis wurde bis Ende der 1990er-Jahre praktiziert." (Caption: Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte man den Kinderausbau in der DDR fort. Ein Beispiel ist das Kinderdorf in der DDR, wo Hunderten von Menschen, die den kommunistischen Machthabern gegenüberstanden, die Kinder weggenommen wurden. Diese Praxis wurde bis Ende der 1990er-Jahre praktiziert.)

Panel 3: "Sowjetische Praktiken kommen bis heute von den historischen Beziehungen zum Ukraine. 2000 unterschrieb der damalige Präsident Aleksander Lukaschenko einen Dekret, das die Entfernung von Kindern aus den „unreinen“ eingetragenen Familien erlaubt. Diese Gesetz und gegen Regierungspartei angebracht." (Caption: Sowjetische Praktiken kommen bis heute von den historischen Beziehungen zum Ukraine. 2000 unterschrieb der damalige Präsident Aleksander Lukaschenko einen Dekret, das die Entfernung von Kindern aus den „unreinen“ eingetragenen Familien erlaubt. Diese Gesetz und gegen Regierungspartei angebracht.)

Panel 4: "Zerstreuende Kinder auf der ganzen Welt, vor allen in Afrika und Asien, werden aus ihren Häusern entfernt, um sie in Konfliktszenarien zu schützen. Dies ist eine Richtung, die den in bewaffneten Konflikten eingesetzten Kindern hilft. Sie können sterben oder werden körperlich für ihr Leben lang verletzt." (Caption: Zerstreuende Kinder auf der ganzen Welt, vor allen in Afrika und Asien, werden aus ihren Häusern entfernt, um sie in Konfliktszenarien zu schützen. Dies ist eine Richtung, die den in bewaffneten Konflikten eingesetzten Kindern hilft. Sie können sterben oder werden körperlich für ihr Leben lang verletzt.)

UPROOTED
HISTORY OF STOLEN CHILDREN
EXHIBITION BY CAROLIN WENZEL

Ein historisches Thema mit aktueller Relevanz

Ziel der Ausstellung ist es, historische Bildung mit gegenwartsbezogener politischer Bildung zu verbinden. So verweist „Geraubt. Entwurzelt.“ nicht nur auf das Unrecht der NS-Zeit, sondern zieht bewusst Parallelen zu heutigen Kinderrechtsverletzungen, wie sie etwa im Rahmen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine geschehen. Auch dort werden Kinder verschleppt, von ihren Familien getrennt und politischen Zwecken untergeordnet.

Die Ausstellung arbeitet mit fiktiven, aber historisch fundierten Biografien, die exemplarisch Schicksale von geraubten Kindern nachvollziehbar machen. Diese Erzählweise ermöglicht einen emotionalen



Zugang zu komplexen historischen und ethischen Fragestellungen wie Identität, Verlust, Herkunft und Anerkennung. Neben den biografischen Texten wird auf wesentliche Aspekte der NS-Rassenideologie und die Rolle der Organisation „Lebensborn“ eingegangen.

Pädagogisches Konzept und Zielgruppen

Die Ausstellung richtet sich insbesondere an Schüler*innen ab 15 Jahren, aber auch an pädagogische Fachkräfte, multiplikatorische Einrichtungen der historisch-politischen Bildung sowie an eine breite interessierte Öffentlichkeit. Ziel ist es, sowohl historisches Wissen zu vermitteln als auch Reflexionsprozesse über Erinnerungskultur, Menschenrechte und gesellschaftliche Verantwortung anzustoßen.

Im Rahmen der begleitenden Workshops an Schulen, durchgeführt von der Akademie am Tönsberg, setzten sich Jugendliche mit der historischen Dimension des Kinderraubs auseinander und übertrugen das Gelernte auf gegenwärtige Fälle. Dabei spielten Themen wie Identität, Herkunft, Kindeswohl und die Bedeutung der Kinderrechte für demokratische Gesellschaften eine zentrale Rolle.

In einer Kombination aus Ausstellungserkundung, biografischer Arbeit und Gruppenreflexion diskutierten die Teilnehmenden, warum die geraubten Kinder bis heute nicht offiziell als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt sind und in der öffentlichen Erinnerung kaum eine Rolle spielen. Die Beschäftigung mit diesen „unsichtbaren Opfern“ war für viele Teilnehmende ein Schlüsselmoment, der bestehende Bilder der Erinnerungskultur hinterfragte und neue Perspektiven eröffnete.

Wirkung und Rückmeldungen

Die Reaktionen der Jugendlichen zeigten, wie tief das Thema berührt – insbesondere durch die Verknüpfung historischer Fakten mit menschlichen Schicksalen. Viele äußerten Unverständnis über das fehlende öffentliche Gedenken und die mangelnde Anerkennung dieser Opfergruppe. Gleichzeitig wurde der Bezug zur Gegenwart deutlich: Die Diskussionen über Kinder in bewaffneten Konflikten heute – in der Ukraine, aber auch weltweit – führten zu einem erweiterten Verständnis für die Bedeutung von Kinderrechten.

Aus Sicht der Veranstalter*innen war die Kombination von Ausstellung und Workshop äußerst gewinnbringend. Die pädagogische Auseinandersetzung führte nicht nur zu einer Vertiefung historischen Wissens, sondern auch zu einer Sensibilisierung für politische Verantwortung und für unterschiedliche Formen des Erinnerns. Besonders die Frage, wer erinnert wird – und wer nicht, wurde kritisch beleuchtet.

Rückblick und Ausblick

Mit Blick auf die durchgeführten Veranstaltungen bleibt die Erkenntnis, dass gerade wenig bekannte Themen der Zeitgeschichte ein großes pädagogisches Potenzial bergen – vorausgesetzt, sie werden kontextualisiert, altersgerecht und lebensweltbezogen vermittelt. Die Ausstellung „Geraubt. Entwurzelt.“ kann dies auf eindrucksvolle Weise leisten.

Für Jugendliche ist der Zugang über persönliche Geschichten ein wirkungsvoller Einstieg in ein schwieriges Thema. Es zeigt sich einmal mehr, wie bedeutsam Angebote sind, die historisches Lernen mit Menschenrechtsbildung verbinden. Die Auseinandersetzung mit Kinderrechten im historischen wie aktuellen Kontext vermittelt nicht nur Wissen, sondern stärkt auch die Haltung junger Menschen.



Wo gibt es die Ausstellung „Geraubt. Entwurzelt.“?

Die Ausstellung „Geraubt. Entwurzelt.“ kann von Bildungsträgern bei der Kreisau-Initiative e. V. ausgeliehen und eigenständig eingesetzt werden. Weitere Informationen dazu gibt es hier: uprootedchildren.eu/de/exhibition/

Weitere Veranstaltungen der Kooperationspartner sind in Vorbereitung.



EXIL – die verschollene Generation

Eine Einrichtung der Erwachsenenbildung bietet einen anderen Zugang zur Kunst als ein Museum: Im Katholisch-Sozialen Institut (KSI) in Siegburg werden in den Gängen Kunstwerke mit Erläuterungen ausgestellt. Je nach Belegung des Tagungshauses übersteigt die Menge an Betrachter*innen die Besuchermenge eines Museums. Diese Chance von Vermittlungsmöglichkeiten hat Dr. Kirsten Lange-Wittmann, Referentin Kunst und Kultur im KSI, genutzt.

Rund 10.000 Kulturschaffende Deutschlands der 1920er und -30er Jahre wurden aufgrund ihrer jüdischen Herkunft oder ihrer inhaltlichen künstlerischen Tätigkeit durch die Nationalsozialisten verfolgt und mit einem Berufsverbot belegt. Einige dieser Literat*innen, Komponist*innen, bildenden Künstler*innen und Architekt*innen versuchten, durch den Weg in die Emigration weiterhin tätig zu sein oder einfach überleben zu können. Neben bekannten Namen wie Kurt Weill, Otto Klemperer, Helene Weigel, Hans Eisler, George Grosz, Oskar Kokoschka, Arnold Schönberg, Hannah Arendt gab es jedoch weit mehr inzwischen unbekannte Kulturschaffende der Avantgarde der Weimarer Republik.

Die Sammlung MEMORIA

Bereits als Schüler hat Thomas B. Schumann, Verleger der Edition Memoria, Kontakt zu deutschen Schriftsteller*innen, die emigriert waren, aufgenommen. Initial war hier sein Besuch bei Katia Mann in den 1960er Jahren in der Schweiz, mit der er in Fol-

ge in Verbindung stand. Bald schon wurde er auf Maler*innen aufmerksam, die ebenfalls vor ihrer Flucht aus Deutschland die Kunstszenen Deutschlands geprägt haben. Allen gemeinsam war, dass sie weder im Ausland noch nach 1945 – sofern sie überleben konnten – an ihre berufliche und gesellschaftliche Situation der Vorkriegszeit anknüpfen konnten. Vielmehr wurde ihnen vorgeworfen, Deutschland im Stich gelassen und ein bequemes Leben geführt zu haben.

Die Realität sah anders aus: Kaum ein*e Künstler*in konnte erfolgreich arbeiten und ausstellen; ihr Leben war von materieller Not und mangelnder Anerkennung geprägt.

Nach 1945 wurden sie in der Ausstellungsszene vergessen, auch, weil sie aufgrund ihrer Erfahrungen inhaltlich und technisch nicht an die veränderte Kunstszenen der Nachkriegszeit anknüpfen konnten oder wollten.



Thomas B. Schumann vor Bildern seiner Sammlung im Rahmen der Ausstellung „EXIL – die verschollene Generation“ im Katholisch Sozialen Institut Siegburg.
Bild: Gundula Caspary





Zurück ins Bewusstsein

Ihre Kunst und die damit verbundenen Persönlichkeiten aus dem Schatten zu holen, ist Lebensziel des Sammlers Schumann. Das Stadtmuseum und das KSI in Siegburg präsentierten von Januar bis April 2025 an zwei Standorten Werke der Sammlung. Während das Stadtmuseum Landschaftsbilder und Stillleben zeigte, konzentrierte sich das KSI auf Porträts oder Personengruppen. Ziel der Ausstellung war es, die Sammlung Schumanns exemplarisch zu präsentieren und die verschollene Künstlergeneration in das öffentliche Bewusstsein zu holen. Ergänzt durch die Präsentation von Exil-Literatur in der Stadtbibliothek Siegburg sowie Konzerten und Führungen durch die Ausstellungen, wurden die Besucher*innen auf verschiedenen Ebenen mit großem Erfolg angesprochen. Besonders gefragt waren die Gemeinschaftsführungen, die im KSI begannen, um anschließend im Stadtmuseum fortgesetzt zu werden. Persönliche Kontakte bei

Führungen mit Thomas B. Schumann wurden durch gemeinsame Mittagessen im KSI ergänzt. Diese Begegnungsmöglichkeit machte die Sammlung sehr nahbar; das Interesse überstieg die verfügbaren Plätze. Die Ausstellung hat ein Bewusstsein für die Künstler*innen des Exils schaffen können.

Brücke ins heute

Eine besondere Ergänzung war eine Führung mit ukrainischen Frauen, die an einem Kurs im KSI teilgenommen hatten. Denn mit dem Vorwurf, im Ausland das Leben unbeeinträchtigt zu führen, während im Heimatland ein Krieg tobte, werden auch die in Deutschland lebenden Ukrainer*innen belastet. Im Austausch über die dargestellten Motive und Porträts der Bilder konnte der Aspekt der sozialen Deprivation – des Mangels an wichtigen sozialen Kontakten, Unterstützung oder Teilhabe an der Gesellschaft – herausgearbeitet werden.



Erich Wolfsfeld
(1884-1956):
Mutter und Kind,
Korsika, um 1920,
Öl auf dünnem Karton
auf Leinwand
aufgezogen
75x54,5 cm.
*Bild: Sammlung
MEMORIA*

Zugriff auf die Sammlung MEMORIA

Thomas B. Schumann hat einen Verlag für Exilliteratur gegründet und verfügt über ein enzyklopädisches Wissen über diese Kunstszenen. Thomas B. Schumann steht für Planungen für Ausstellungen und Vorträge zur Verfügung: edition.memoria@yahoo.de.

Point Alpha – Erinnerungsort, Lernort, Zukunftsort

Mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung ist die deutsche Teilung für junge Menschen kaum mehr als ein Kapitel im Schulbuch. Die Lebenswelt im Schatten einer innerdeutschen Grenze, der systemische Gegensatz zwischen Ost und West – all das scheint weit entfernt. Umso wichtiger sind Orte, die Geschichte nicht nur erzählen, sondern erfahrbar machen. Genau das ist der Fall bei der Gedenkstätte Point Alpha, die in Kooperation mit der Katholischen Akademie Fulda die deutsche Spaltung greifbar macht.

Mitten in der hessischen Rhön, in der beschaulichen Gemeinde Rasdorf, verdichten sich Zeitgeschichte, transatlantische Sicherheitspolitik und Fragen demokratischer Verantwortung zu einem Lernraum von besonderer Tiefe: Der dort errichtete Observation Post Alpha diente der NATO als Beobachtungsstützpunkt im hessisch-thüringischen Grenzgebiet und ist als „heißester Punkt des Kalten Krieges“ bekannt.

Ort mit internationaler Signatur

Point Alpha liegt im einstigen „Fulda Gap“, einem neuralgischen Punkt der NATO-Verteidigungsstrategie während des Kalten Kriegs. Die dort stationierten US-Einheiten standen symbolisch wie operativ für die Verteidigung westlicher Freiheit. Der Beobachtungsstützpunkt war Ausdruck transatlantischer Solidarität – konkret erlebbar an einem geografischen Ort, an dem ideologische Frontlinien verliefen. Wer heute mit jungen Menschen Point Alpha besucht, vermittelt nicht nur militärische Geschichte, sondern auch Fragen nach internationaler Verantwortung, Bündnispolitik und dem Wert demokratischer Sicherungssysteme.

Grenze als Erfahrungsraum

Neben dem US-Camp zeigt die Gedenkstätte auch die andere Seite: das Grenzregime der DDR. Der rekonstruierte Grenzstreifen mit Kolonnenweg, Signalzaun, Beobachtungsturm und dem Todesstreifen macht das Ausmaß der Abschottung, der staatlichen Kontrolle und der Freiheitsberaubung spürbar. Hier wird Geschichte sinnlich und emotional zugänglich. Diese Unmittelbarkeit macht den Unterschied zur rein kognitiven Vermittlung im Klassenzimmer: Geschichte wird zur Erfahrung, nicht nur zur Information.

Historisch-politische Bildung am authentischen Ort

Gerade weil Point Alpha mehr ist als eine klassische Gedenkstätte, kommt der pädagogischen Arbeit besondere Bedeutung zu. In enger Abstimmung zwischen der Katholischen Akademie des Bistums Fulda und der Point Alpha Stiftung werden Bildungsangebote entwickelt, die Jugendlichen historische und gesellschaftliche Zusammenhänge multiperspektivisch vermitteln. Ob Zeitzeugengespräche, Rollenspiele, thematische Workshops oder Reflexionsformate – die pädagogische Arbeit geht über das reine Vermitteln von Fakten hinaus. Sie ermöglicht es jungen Menschen, sich im historischen Kontext zu verorten und eigene Haltungen zu entwickeln.

Dabei steht nicht nur die deutsch-deutsche Geschichte im Fokus. Die Bildungsarbeit nutzt Point Alpha als Bühne, um gegenwärtige Herausforderungen zu reflektieren. In der Verbindung von historischer Tiefenschärfe und aktueller Relevanz liegt die besondere Stärke dieser Bildungskooperation.

Lernen aus Geschichte – nicht nur über sie

Der Ort erlaubt es, vermeintlich ferne Themen nah heranzuholen. So wird etwa am Beispiel der innerdeutschen Teilung auch über aktuelle gesellschaftliche Gräben gesprochen – über Ost-West-Stereotypen, den Umgang mit Autorität oder das Spannungsverhältnis von individueller Freiheit und kollektiver Sicherheit. Auch der kritische Blick auf internationale Entwicklungen – etwa die Rolle der USA in der Weltpolitik oder die Rezeption transatlantischer Beziehungen in Deutschland – wird möglich. Ergänzt wird dies durch digitale und analoge Begleitmaterialien sowie vorbereitende und nachbereitende Seminare. So entsteht ein kohärenter Lernpro-





zess, der das punktuelle Erlebnis mit nachhaltiger Bildungsarbeit verbindet. Die Katholische Akademie bringt hier ihre jahrzehntelange Erfahrung in werteorientierter, politisch reflektierter Bildungsarbeit ein – ein Gewinn für beide Partner und vor allem für die Zielgruppe: junge Menschen in einer sich wandelnden Welt.

Erlebte Geschichte als Zukunftsressource

Point Alpha ist mehr als eine Gedenkstätte – es ist ein Resonanzraum politischer Bildung. Hier wird deutlich, dass politische Systeme nicht abstrakt sind, sondern konkret in das Leben von Menschen eingreifen. Die deutsch-deutsche Geschichte mit all ihren Brüchen, Wunden und Hoffnungen wird durch Zeitzeug*innen, Ausstellungen und das authentische Außengelände greifbar gemacht.

Gerade jungen Menschen bietet dieser Ort eine Gelegenheit, sich selbst als politisch Handelnde zu begreifen. Die emotionale Dimension der Bildung – das Erspüren von Enge, das Nachfühlen biografischer Entscheidungen, das Erkennen von Verantwortung – schafft einen tiefgreifenden Lernprozess. Nicht zuletzt führt diese Auseinandersetzung auch zu einer stärkeren Verortung im Hier und Jetzt: Wer versteht, wie Demokratie verloren gehen kann, begreift besser, warum sie geschützt werden muss.

Die Kooperation der Katholischen Akademie mit der Point Alpha Stiftung leistet so einen bedeutsamen Beitrag zur Erinnerungskultur, zur politischen Jugendbildung und zur Stärkung einer offenen und solidarischen Gesellschaft. Denn: Erinnerung ist kein Schlussstrich – sie ist ein Anfang.



Authentliches Zeitzeugnis: Der ehemalige Beobachtungsturm im US-Camp in unmittelbarer Nähe zur innerdeutschen Grenze.
Bild: Point Alpha Stiftung

Auf den Spuren der Stasi

Das „Ministerium für Staatssicherheit“ – kurz: Stasi – prägte den DDR-Alltag, kontrollierte Familien, formte Karrieren und zerstörte Biografien. Politische Bildungsarbeit muss diesen Blick aufgreifen, um Freiheit und Kontrolle greifbar zu machen, auch weil noch heute große Teile der deutschen Bevölkerung von den Spuren der DDR geprägt sind.

„Eine Demokratie lebt vom Dialog, aber auch davon, für seine Interessen zu kämpfen! Es ist nicht selbstverständlich, dass wir in einer Demokratie leben und wir sollten für unsere Interessen engagiert eintreten.“ Mit diesen Worten fasste eine Teilnehmerin ihre Eindrücke des fünftägigen Seminars „Auf den Spuren der Stasi“ in Berlin zusammen. Die Kommende Dortmund hatte zur Spurensuche der deutsch-deutschen Geschichte eingeladen, an der 14 Jugendliche kurz vor ihrem Abitur teilgenommen haben.

Vermeintlich lange vergangen

Die Zeit der deutschen Teilung ist für viele Jugendliche, die im wiedervereinigten Deutschland aufgewachsen sind, gefühlt ähnlich weit entfernt wie die Zeit des Nationalsozialismus. Doch während der

Zweite Weltkrieg und die NS-Terrorherrschaft viel Raum in den Schul-Curricula einnehmen, wird die Zeit der DDR kaum thematisiert.

Die deutsche Wiedervereinigung war 1989 mit großen Hoffnungen verknüpft, aus ostdeutscher Perspektive aber auch mit vielen Enttäuschungen verbunden. Vereinzelt führte dies zu einer Form der „Ostalgie“, die auf erstaunliche Weise die 40-jährige Diktatur des SED-Regimes in der DDR verharmlost und relativiert. Aber: „Die DDR war kein Themenpark, wie heute manche tun. Das war eine sehr entschiedene, langlebige Diktatur“, wie Altbundespräsident Joachim Gauck kommentierte.

DDR-Erfahrungen greifbar machen

An historischen Orten und in Gesprächen mit Zeitzeugen themisierte das Seminar, wie zentral freie



Jugendliche des Seminars mit Büroleiter Markus Burke im Paul-Löbbe-Haus. Bild: Kommende Dortmund



Meinungsäußerung, die Möglichkeit des offenen Diskurses, aber auch das zivilgesellschaftliche Engagement für die Demokratie sind. Los ging es mit einer Führung entlang der Berliner Mauer als Symbol der Deutschen Teilung, weiter mit der Besichtigung eines der letzten erhaltenen Berliner Fluchttunnels. Anschließend machten sich die Jugendlichen mit ostdeutschen Biographien vertraut. Das Kartenspiel „Wendepunkte“ der Bundeszentrale für politische Bildung veranschaulichte, welche Folgen alltägliche Entscheidungen für Bürger*innen in der DDR haben konnten. Etwa: Trete ich für meine eigenen Überzeugungen ein und riskiere damit den Zugang zur Erweiterten Oberschule und damit mein Abitur? Welchen Einfluss hat meine Entscheidung auf den Studienplatz meiner Schwester oder den Arbeitsplatz meines Vaters?

Die Jugendlichen entwickelten im Austausch untereinander ein Gespür, welchen Zwängen das Leben in einer Diktatur ausgesetzt sein kann.

In der Gedenkstätte Marienfelde trafen die Jugendlichen den Zeitzeugen Wilfried Seiring. Sein Beispiel belegte, welchen Preis die freie Meinungsäußerung für Bürger*innen in der DDR haben konnte. Seiring war aufgrund einer Solidaritätsbekundung zu den Aufständen in Ungarn 1957 von der Universität verwiesen worden. Da ihm alle Perspektiven in der DDR genommen wurden, blieb ihm letztlich nur noch die Flucht in den Westen. Seine Entscheidung, sich mit den Studierenden in Ungarn zu solidarisieren, habe er trotz allem nie bereut.

Einblicke ins Geheime

Besuche des Stasi-Untersuchungsgefängnisses Hohenschönhausen und im ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit in der Normannenstraße zeigten, wie der Verwaltungsapparat der Stasi aufgebaut war und wie tief er in die privatesten Winkel der Bevölkerung hineinragte. In der Gedenkstätte Hohenschönhausen erfuhren die Jugendlichen, wie der Alltag im ehemaligen Stasi-Gefängnis aussah und wie die Stasi Menschen mit abweichenden Meinungen behandelte.

Das Ausmaß der Tätigkeiten vermittelte die Ausstellung „Einblick ins Geheime“ im ehemaligen Ministerium der Staatssicherheit. Dr. Axel Janowitz, Mitarbeiter des Archivs für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, erklärte, wie das Spitzelsystem der Stasi im Einzel-

nen funktionierte. Für die Jugendlichen waren die Einblicke in das System erschütternd, gerade auch, wie sehr die inoffiziellen Mitarbeiter der Stasi das Misstrauen der Menschen unter- und voreinander schürten.

Ihre Eindrücke nahmen die Jugendlichen mit in ein Hintergrundgespräch mit Markus Burke, Büroleiter der Bundestagsabgeordneten Marlene Schönberger, MdB (Grüne), zur aktuellen Politik. Burke machte anhand der Arbeit im Deutschen Bundestag den Jugendlichen die Unterschiede zwischen einem demokratischen und einem autoritären System deutlich. Im Austausch wurden den Jugendlichen so die Gefahren autoritärer Systeme bewusst.

Die Berlinfahrt hat bei den Jugendlichen einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Der Seminarerfolg ist auch ein Beleg, wie bedeutsam in der politischen Bildung die Wahrnehmung historischer Erfahrungen für die Akzeptanz der Demokratie ist. Und wie wichtig, um Verharmlosungen und Verklärungen autoritärer Systeme entgegenzuwirken.



Verhörraum im Stasi-Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen. Bild: Kommende Dortmund

Tief im Osten, tief im Westen

35 Jahre nach der deutsch-deutschen Wiedervereinigung spürt eine gemeinsame Veranstaltungsreihe der Katholischen Akademien in Dresden und Aachen Verbindungen und Unterschieden in Ost und West nach. Dabei geht es darum, Gespräche zwischen den Gästen aus Sachsen und der Euregio Maas-Rhein zu initiieren. Digitale Diskussionsorte machen das möglich. Einblicke der beiden ausrichtenden Referenten Gabriel Rolfes und Dr. Jonatan Burger.

Mehr als 500 Kilometer Luftlinie liegen zwischen Dresden und Aachen, die Städte markieren die westlichste und die östlichste Katholische Akademie der Bundesrepublik Deutschland. Der Austausch zwischen Menschen aus Ost und West bleibt auch gut drei Jahrzehnte nach der deutschen Einheit ein fortdauernder Auftrag – mehr noch: Er kann als eine noch nicht vollends gelöste Aufgabe angesehen werden. Dieser nehmen sich die beiden Akademien an.

Denn noch immer sind oft verallgemeinernde Denkmuster in vielen Köpfen, wobei der Osten „anders bleibt“. Um den Austausch und gegenseitiges Verständnis zu fördern, haben daher die beiden Akademien eine Online-Reihe ins Leben gerufen. Als verbindendes Element nimmt die Reihe Themen in den Blick, die für die Stärkung gegenwärtiger demokratischer Strukturen wie auch für die Gestaltung der Zukunft im „doppelten Dreiländereck“ – Polen, Tschechien und Deutschland einerseits, Niederlande, Belgien und Deutschland andererseits – relevant sind.

Dabei gehen die Akademien davon aus, dass die Kirche über Ressentiments hinausweisend als Netzwerk dienen könnte, das Menschen mit ähnlichen Prägungen über geografische Distanzen verknüpft, Verbindungen zwischen Ost und West stiftet und Verständnis und Dialog ermöglicht. Ein Potenzial, das noch lange nicht ausgeschöpft ist.

Alles wirkliche Leben ist Begegnung

Vorbereitet und moderiert wird das digitale Gesprächs- und Begegnungsformat von Dr. Jonatan Burger (Referent in Dresden) und Gabriel Rolfes (Studienleiter in Aachen). Ihr gemeinsames Ziel: Menschen aus Ost und West zusammenbringen, die sich unter alltäglichen Bedingungen wahrscheinlich nie begegnet wären. Nach inhaltlichen Impulsen der Podiumsgäste, jeweils paritätisch aus der Euregio

Maas-Rhein und Sachsen ausgewählt, geht es darum, unter- und miteinander ins Gespräch zu kommen. Das Akademiepublikum schaltet sich hierzu übrigens nicht nur aus Aachen und Dresden samt Umgebung zu, sondern aus allen Himmelsrichtungen der gesamtdeutschen Kartographie.

Nachlese zur Bundestagswahl 2025

Den Auftakt der Reihe bildete eine Wahlanalyse mit den Diskussionsgästen Dr. Daniela Pscheida-Überreiter (Leiterin des Katholischen Büros in Sachsen) und Korbinian Frenzel (Journalist und Buchautor von „Defekte Debatten“) nach der Bundestagswahl. Diese war zwar ein gesamtdeutsches Ereignis, zeigte allerdings je nach Standort markante Differenzen. In Ostdeutschland feierte die rechtspopulistische AfD Erfolge. Im Westen galten FDP und Grüne, aber auch die traditionellen Volksparteien CDU und SPD zwar als fester verankert, kämpften aber auch dort mit der Erosion klassischer Parteibindungen.

Neben bundesweit gültigen Interpretationen des Wahlergebnisses rückten regionale Besonderheiten genauso in den Blick wie die Frage, wie Kirche mit der weiter erstarkenden Zustimmung für die AfD umgehen müsse. Gerade im Osten sei die Mehrheitsgesellschaft stärker durch Ressentiments geprägt – nicht zuletzt infolge der unvollendeten Einheit. Beispielsweise hätte die emotionale Bewältigung der Corona-Pandemie dort aufgrund der höheren Übersterblichkeit stärker als im Westen Bedeutung behalten. Ferner bleibt die Erzählung einer genuin ostdeutschen Identität wirksamäßig, die abweichende Einstellungen zur Migrationspolitik oder Ausgestaltung politischer Kultur erklären soll.

Gerade für AfD-Positionen wurde im Chat von Menschen plädiert, die sich nicht zu erkennen gaben. Ein Lernertrag daher aus der ersten Veranstaltung: Ab dem zweiten Termin wurden zur Teilnahme nur



Personen mit Klarnamen und wenigstens kurz freigeschaltetem Video zugelassen.

Baustelle Zukunft – welcher Spirit treibt die Zivilgesellschaft an?

Die Zukunft als Baustelle, als anspruchsvolles Projekt, stand im Zentrum des zweiten Terms der Online-Reihe. Tina Kukovic-Ulfik und Norman Reitner, zwei Aktive in ehrenamtlichen Projekten in Aachen und Bischofswerda, beschrieben dabei, wie Menschen an ihren jeweiligen Lebensorten etwas bewirken und auf eine bessere Zukunft hinarbeiten können.

Im Aachener soziokulturellen Zentrum „meffi.s“ und bei den „Schaufensterkonzerten“ in Bischofswerda engagieren sich beide für eine lebenswerte Stadtgesellschaft. Beide beschrieben ähnliche Herausforderungen: Akzeptanz für das eigene Engagement, das Veränderung bewirken will und deshalb immer auch mit Widerständen umgehen muss, finanzielle Voraussetzungen wie etwa eine Vereinsstruktur und die stetige Werbung von Mitwirkenden. Auch spezifische Probleme der jeweiligen Region wurden deutlich. So stünde in Aachen vor allem Quartiersarbeit in einer wachsenden und vielfältigen Stadt an, während in Bischofswerda Abwanderung entgegengewirkt und ein abwechslungsreiches Kul-

turprogramm für die Region aufrechterhalten werden solle.

Europäische Identitäten im doppelten Dreiländereck

Anfang September rückte das „doppelte Dreiländereck“ zwischen Polen, Tschechien und Deutschland beziehungsweise den Niederlanden, Belgien und Deutschland in den Blick der Online-Reihe. Mit dem Soziologen Prof. Dr. Raj Kollmorgen und dem niederländischen CDA-Politiker Theo Bovens ging es auf Spurensuche europäischer Identitäten und der Rolle von Grenzen in beiden Regionen.

Historische Konflikte belasteten beide Grenzkulturen. Allerdings hatte der Westen einen zeitlichen „Vorsprung“ durch die europäische Integration, im Osten begann eine grenzübergreifende Zusammenarbeit erst zum Ende der DDR-Zeit. Und während in der Euregio europäische Identitäten durch wechselseitige Arbeits- und Konsumbeziehungen begünstigt sind, Ostbelgien ohnehin deutschsprachig und das Niederländische der deutschen Sprache zumindest nah ist, fehlt diese Form der Begegnung im Osten. Dort hindere auch die Sprachbarriere tschechisch-polnisch-deutsch viele integrative Bemühungen. Spracherwerb und persönliche Kontakte von Einzelnen seien daher umso wichtiger.



Kaum etwas symbolisiert die innerdeutsche Teilung eindrücklicher als die Berliner Mauer. Auch 35 Jahre nach der innerdeutschen Wiedervereinigung gilt es, meist unsichtbare Mauern zu überwinden. Bild: Bernhard Ried/pfarrbriefservice.de

„Kirche und koloniales Erbe“: Ein in vielerlei Hinsicht lehrreiches Tagungsprojekt

Was christliche Missionare als Verantwortung für das Seelenheil der Welt verstanden, sehen viele Menschen heutzutage mit anderen Augen. Die Kirche beginnt gerade, ihre Rolle im Kolonialismus aufzuarbeiten. Gleich aus fünf Bistümern haben sich Akademien zusammengeschlossen, um sich dabei einzubringen. Interessant sind nicht nur die Inhalte, sondern mehr noch die Lektionen für die Bildungshäuser. Ein Musterbeispiel bundesweit vernetzter Bildungsarbeit – stellvertretend für die beteiligten Akademien zusammengefasst von Dr. Laura Büttgen (Akademie des Bistums Aachen) und Dr. Christian Müller (Katholisch-soziale Akademie Franz Hitze Haus, Münster).

Die Rolle und Beteiligung der Kirchen – auch der katholischen – am Kolonialismus ist trotz zahlreicher Initiativen bisher nur anfanghaft erfasst und aufgearbeitet. Dennoch hat der postkoloniale Diskurs auch in Theologie, Kirchen und Gemeinden Denkprozesse angestoßen. Auch die Konferenz „Weltkirche und Mission“ hat dieses Thema in ihrer Jahrestagung 2024 aufgegriffen.

Als Institutionen kritischer Selbstreflexion kirchlichen Denkens und Handelns sind die katholischen Akademien herausgefordert, sich in diese Prozesse einzubringen, dabei inhaltliche und methodische Lücken zu schließen und breitere Zielgruppen anzusprechen. Deshalb haben sich die Akademien der Bistümer Aachen, Dresden-Meissen, Hildesheim, Mainz und Münster zu einer gemeinsamen Initiative zusammengeschlossen.

Ergebnis dessen war die Tagung „Kirche und Koloniales Erbe. Herausforderungen und Chancen für Bildung, Theologie, Kirchen und Gemeinden“ (hybride Tagung am 15./16. Mai 2025 in Aachen), die sich an haupt- und ehrenamtlich in den Kirchen Mitarbeitende, an Multiplikator*innen, politisch Interessierte, an die deutsche Mehrheitsgesellschaft und an BiPoCs, Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete gerichtet hat.

Inhalte der Tagung

Der erste Tag der Veranstaltung stellte den aktuellen Stand der Diskussion um die Rolle der Kirche im Kolonialismus in den Mittelpunkt. In zwei Panels mit herausragend guten Referent*innen wurden historische und postkoloniale Zusammenhänge von Kolonialismus, Mission, Entwicklungspolitik und postkolonialer Theorie und Theologie vorgestellt und diskutiert.

Wichtiges Element der Tagung war eine kritische Kommentierung von Dr. Daniela Kalscheuer (Haus

am Dom, Frankfurt/Main) zum Dokumentarfilm „Dahomey“. Dieser ermöglichte einen künstlerischen, bildhaften Zugang zum zuvor theoretisch erschlossenen Thema „Restitution geraubten Kunst- und Kulturguts“. Es wurde deutlich: Die damals – und teilweise bis heute – vorherrschenden eurozentristischen Perspektiven negieren, dass sich der durch den Raub entstandene Verlust sowohl kulturell als auch spirituell auf die Gesellschaften des Globalen Südens ausgewirkt hat.

Am zweiten Tag arbeiteten die Teilnehmenden praxisorientiert in Workshops an Themen wie der Umgestaltung von „Missionsmuseen“, der Sensibilisierung für Alltagsrassismus und am Fortbestehen (und Aufbrechen) kolonialer Denk- und Verhaltensmuster im Umgang mit Gemeinden anderer Muttersprachen.

Lektionen für die Zukunft

Was lässt sich nun mit Blick auf die Ziele der Tagung vor allem für die Organisator*innen festhalten?

❖ Die gemeinsame Initiative und vor allem die vorausgehenden intensiven Diskussionen über Inhalte, Konzept, Methoden und Ziele der Tagung haben verschiedene Perspektiven und Erfahrungshorizonte zusammenfließen lassen und dazu beigetragen, das Tagungsprogramm inhaltlich und methodisch vielfältig werden zu lassen. Die Netzwerke gleich mehrerer Akademien waren für die Suche nach kompetenten Referent*innen sehr hilfreich. Darüber hinaus ist es wichtig, dass die Referierenden insgesamt eine dem Thema angemessene Diversität spiegeln.

❖ Ein für alle Beteiligten wichtiges Anliegen – eine möglichst divers zusammengesetzte Teilneh-





mendenschaft – konnte leider nicht realisiert werden. Über die Gründe lässt sich nur spekulieren, es liegt aber nahe, dass sie in einer Kombination aus Datum (Wochentage), Ort (katholische und intellektuelle Einrichtung), Höhe des Tagungsbeitrags und mangelndem Zugang zu Communitys von BiPoC und Migrant*innen liegen. Um diese Zielgruppen zu erreichen, müssen vermutlich andere Orte, Formate und Zugänge gewählt werden. Deutlich wurde dadurch auch, dass katholische, insbesondere akademisch geprägte Einrichtungen bislang keine gute Verbindung zu BiPoCs und Menschen mit Migrationshintergrund aufweisen. Bei der Planung von Folgeveranstaltungen arbeiten die Organisator*innen anhand weiterentwickelter Konzepte daran, diese Lücke zu schließen..

- ❖ Kaum zu unterschätzen ist die Bedeutung eines Awareness-Konzeptes und der Anwesenheit ei-

ner kompetenten Awareness-Person. Das Themenfeld des Kolonialismus, der damit verbundenen Gewalttaten und bis heute teilweise (oft ohne böse Absicht) wenig sensiblen und unangemessenen Art, darüber zu sprechen, birgt für Teilnehmende das Risiko starker psychischer Belastungen – die nicht sofort sichtbar werden müssen. Entscheidend ist auch die Kommunikation des Awareness-Konzepts innerhalb der Tagung. Es gilt, einen diskriminierungssensiblen und machtkritischen Raum zu gestalten. Dazu ist es nötig, die unterschiedlichen Erfahrungshorizonte der Teilnehmenden zu berücksichtigen, die Referierenden sorgfältig auszuwählen und die Methoden während der Tagung entsprechend abzustimmen. So wurde beispielsweise die Diskussion im Anschluss an die Vorträge durch Karten organisiert, die von den Moderatorinnen geclustert und in die Diskussion eingebracht wurden.



Dr. Raoul Bagopha (Miseroer, links) und Dr. Fana Schiefen (Universität Köln, rechts) hielten die Vorträge im Panel „Perspektiven zur Bedeutung von Kolonialismus und Mission für Kirche und Gesellschaft“.

Bereicherung und schwerer Sünder

Die Geschichte queerer Menschen ist eine Geschichte der Diskriminierung und der Unsichtbarmachung, aber auch eine Geschichte von Widerstand und einem beharrlichen Kampf um Anerkennung und Teilhabe. Im November 2024 widmete sich die Tagung „Queere Menschen und die Kirchen“ in Stuttgart-Hohenheim dieser vielschichtigen Vergangenheit und Gegenwart. Linda Huber, Dr. Thomas König und Dr. Johannes Kuber arbeiten an der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart zu gesellschaftspolitischen und historischen Themen und gehörten zu den Ausrichter*innen.

Organisiert von der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart in Kooperation mit Partner*innen aus Kirche, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, brachte die Veranstaltung über 90 Teilnehmende zusammen, darunter Vertreter*innen queerer Initiativen sowie aus Wissenschaft, Pastoral und (kirchlicher) Bildungsarbeit.

Im Zentrum stand die Frage des historischen und aktuellen Verhältnisses der christlichen Kirchen und queerer Menschen. Die Tagung rückte dabei die Lebenswirklichkeiten queerer Christ*innen in den Fokus und verband historische Forschung, systematisch-theologische Reflexion und biografische Zeugnisse zu einem vielfältigen Panorama.

Neben katholischer und evangelischer Kirche wurde auch die altkatholische Kirche in Deutschland sowie die methodistische Kirche in den USA beleuchtet. Die Beiträge zeigten: Trotz punktueller Fortschritte – etwa in Form von Ansprechpartner*innen für queere Pastoral in katholischen Diözesen – bleibt eine institutionelle Ambivalenz spürbar. Einerseits existieren geschützte Räume für Tätigkeit, Gespräch und Seelsorge, andererseits wirken kirchliche Lehrpositionen weiterhin ausschließend. In dieser Spannung bewegen sich viele queere Christ*innen bis heute.

Als ganzer Mensch Teil der Kirche

Die Referierenden – aus unterschiedlichen Generationen und beruflichen Kontexten – machten deutlich: Es geht nicht nur um theologische Konzepte, sondern um gelebte Biografien und das Recht, als ganzer Mensch Teil der Kirche zu sein. Jens Ehebrecht-Zumsande, Referent für Queerpastoral im Erzbistum Hamburg, formulierte es so: „Während der Arbeit bin ich eine Bereicherung für die Kirche – und in meiner Freizeit ein schwerer Sünder.“

Historische Analysen zeigen, wie lange die Auseinandersetzung mit queeren Lebensformen in kirchlichen Kontexten tatsächlich zurückreicht. Es

waren häufig normative Deutungsmuster, die theologisch ausschließend und diskriminierend wirkten. Doch zugleich entstanden in Nischen und Randbereichen – etwa im Kontext kirchlicher Akademien – Räume der Reflexion und Auseinandersetzung. Als im 20. Jahrhundert der gesellschaftliche wie innerkirchliche Druck zur Öffnung wuchs, entstanden zudem abseits offizieller Strukturen, getragen von Einzelpersonen und engagierten Gruppen, erste Formen der Queerpastoral.

Diversität als schöpfungstheologische Realität

Wie wichtig es ist, eine Sichtbarkeit für die Lebenswirklichkeiten queerer Menschen in den Kirchen zu schaffen und Prozesse der Aufarbeitung und Versöhnung anzustoßen, zeigten die durch biografische Perspektiven geprägten Beiträge. Das bedeutet auch, normative theologische Bewertungen zu reflektieren. Referent*innen plädierten dafür, Theologie nicht länger auf ein heteronormatives Menschenbild zu verengen. Vielmehr sei es notwendig, Diversität als schöpfungstheologische Realität anzuerkennen und kirchliche Lehre im Lichte gelebter Biografien zu hinterfragen. Mitveranstalter Marian Antoni sprach von einem „Mehr an gleichberechtigten Glaubens- und Lebenserzählungen“, das es in den Raum der Kirchen zu integrieren gelte, um den notwendigen Bewusstseinswandel hervorzurufen. Der Tagungsverlauf zeigte, wie wichtig Räume des offenen Austauschs sind – gerade für Menschen, die bislang wenig Gehör in den Kirchen finden. Für



Der QR-Code führt zu einer umfangreichen Darstellung der Veranstaltung.

manche war es das erste Mal, dass sie ihre Identität und Erfahrungen im kirchlichen Kontext offen thematisieren konnten.

Breite Beteiligung für große Bedeutung

Am Ende stand keine einfache Bilanz, sondern die Frage: Die Kirchen stehen an einem Scheideweg. Wie lange können sie es sich leisten, ganze Menschengruppen zu marginalisieren, während sich die gesellschaftliche Realität längst wandelt?

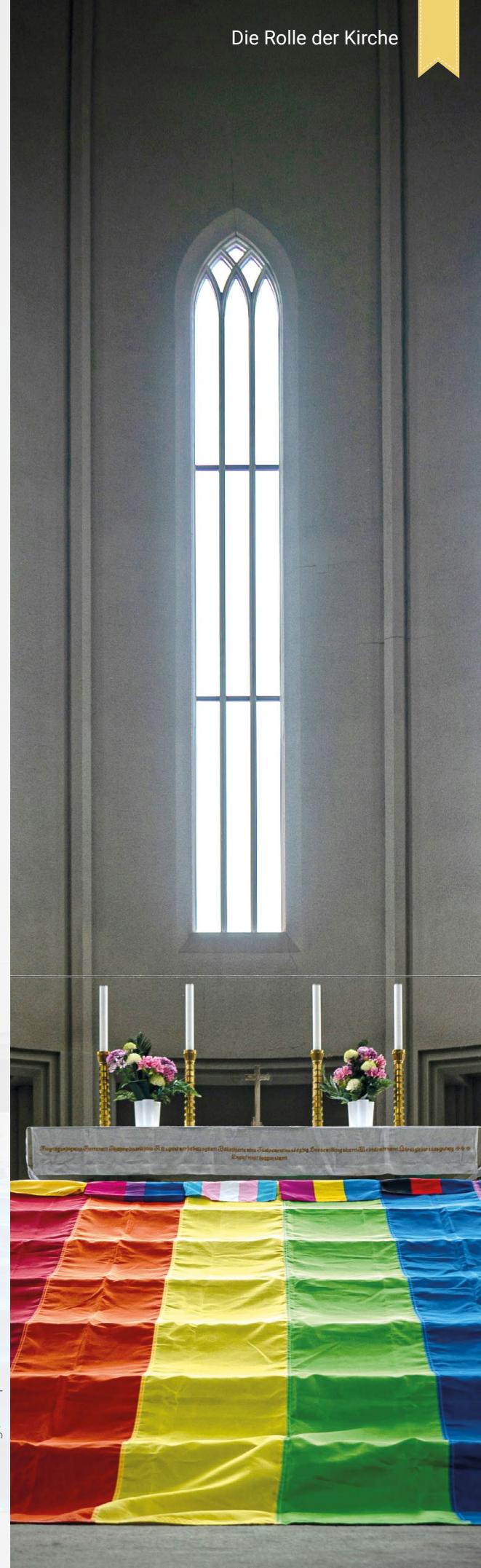
Die Breite der beteiligten Institutionen – von der Evangelischen Akademie Bad Boll über die Landeszentrale für politische Bildung (LpB), das Studienzentrum der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für Genderfragen, die Männerarbeit der Diözese Rottenburg-Stuttgart, ein Forschungsprojekt der Universität Stuttgart, die Katholische Erwachsenenbildung (KEB) Stuttgart bis hin zum Lesben- und Schwulenverband (LSVD+) – machte deutlich, welche Bedeutung dem Thema zugeschrieben wird. Die Tagung war kein Abschluss, sondern ein Ausgangspunkt für weitere Forschungsarbeiten, pastorale Innovationen und institutionelle Reformen, denn queere Menschen waren und sind Teil der Kirchen. Die Kirchen sind herausgefordert, diese Realität nicht länger zu übersehen, sondern sie zum Ausgangspunkt für kritische Reflexionen und Prozesse der Anerkennung zu machen.

Zum Weiterlesen

In Kürze erscheint ein Tagungsband, der die Beiträge in ihrer ganzen Vielfalt zugänglich macht:

Klaus van Eickels, Christine van Eickels, Johannes Kuber, Thomas Haas, Linda Huber, Thomas König, J. Noah Munier, Karl-Heinz Steinle (Hrsg.): Queere Menschen und die Kirchen. Historische, theologische und lebensweltliche Perspektiven (Editionen und Studien zur Geschichte der Sexualitäten, Bd. 3). University of Bamberg Press 2025.“

Bild: Rod Long / unsplash



Termine der AKSB

2026

26.-27.1.26	Schwerpunktkonferenz	Maternushaus, Köln
11.-12.3.26	Infrastrukturstellenkonferenz	Geschäftsstelle AKSB, Bonn
16.-17.4.26	Fachtagung deutsch-polnischer Austausch zum Thema „Umgang mit Rechtsextremismus“ mit Jugendhaus Düsseldorf	Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Berlin
5.-7.5.26	Verwaltungsfachtagung	Akademie Klausenhof, Hamminkeln
Termin folgt	Fachtagung mepodi: KI für Medienkompetenz und politische Bildung: Gestaltung unserer digitalen Zukunft	Katholische Akademie des Bistums Fulda, Fulda
10.-11.6.26	Infrastrukturstellenkonferenz	Gustav-Stresemann-Institut, Bonn
11.6.26	Kooperationskonferenz (KoKo)	Gustav-Stresemann-Institut, Bonn
11.-12.6.26	FEB-Abschlussveranstaltung	Gustav-Stresemann-Institut, Bonn
15.9.26	Fachkonferenz „Politische Bildung - Zusammenarbeit mit Bundeswehr, kath. Militär- und Polizeiseelsorge	Katholische Akademie des Bistums Fulda, Fulda
22.-23.9.26	Schwerpunktkonferenz	Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
Termin folgt	Tagung „Qualität und Wirkung in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit“	digital
16.-17.11.26	Jahrestagung der AKSB	Akademie des Bistums Mainz, Mainz
17.-18.11.26	Mitgliederversammlung der AKSB	Akademie des Bistums Mainz, Mainz
4.12.26	Infrastrukturstellenkonferenz	digital

2027

24.-26.1.27	Schwerpunktkonferenz	IBZ St. Marienthal, Ostritz
17.-18.3.27	Infrastrukturstellenkonferenz	Geschäftsstelle AKSB
Termin folgt	Verwaltungsfachtagung	
Termin folgt	Fachtagung mepodi: KI für Medienkompetenz und politische Bildung: Gestaltung unserer digitalen Zukunft	Katholische Akademie des Bistums Fulda, Fulda
9.-10.6.27	Kooperationskonferenz (KoKo)	Unicloud Bonn
9.6.27	Jubiläumsfeier: 75 Jahre AKSB	Unicloud Bonn
10.6.27	Infrastrukturstellenkonferenz	Unicloud Bonn
Termin folgt	Fachkonferenz „Politische Bildung - Zusammenarbeit mit Bundeswehr, kath. Militär- und Polizeiseelsorge	Katholische Akademie des Bistums Fulda, Fulda
20.-21.9.27	Schwerpunktkonferenz	Akademie Stapelfeld, Cloppenburg
Termin folgt	Tagung „Qualität und Wirkung in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit“	digital
15.-16.11.27	Jahrestagung der AKSB	Haus Ohrbeck, Georgsmarienhütte
16.-17.11.27	Mitgliederversammlung der AKSB	Haus Ohrbeck, Georgsmarienhütte
2.12.27	Infrastrukturstellenkonferenz	digital